



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

N^o 176.

Sonntag den 30. Juli

1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M.
Heute erscheint der 24—27. (174—177.) Bogen des 6. Abonnem. von 30 Bogen. Berlin Bg. 89. Frankf. Bg. 86. 87. 88.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung.

(Sitzung vom 28. Juli.)

Nachdem das Protokoll verlesen, wird der Versammlung ein Brief des Abg. Temme mitgetheilt, nach welchem er die Stellung eines Oberlandesgerichts-Direktors in Münster habe „annehmen müssen“, obschon er sich dessen geweigert; er ersuche den Präsidenten, seinen Stellvertreter einzuberufen und resp. eine Neuwahl zu veranlassen. Der Justiz-Minister Märker erklärt: daß man Seitens der Regierung die Thätigkeit des Hrn. Temme glaube in Münster besser als hier verwenden zu können. (So! von der Linken.) — Der Minister-Präsident ergreift das Wort. Es ist bereits gestern zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden, daß die Waffenstillstands-Verhandlungen zwischen dem Generalle der deutschen Reichstruppen und dem dänischen Heerführer ohne Erfolg geblieben und abgebrochen werden mußten. Das zeitige Abbrechen der Friedensverhandlungen wird der Gegenstand unserer ferneren Berathungen sein. Die Lage der Dinge gestattet nicht, Ihnen die Unterhandlungen, welche gepflogen sind, mitzutheilen. Ich hoffe, der Augenblick ist nahe, wo dies wird geschehen können. Ich verkenne nicht, daß die Lage unserer östlichen Provinzen durch den Krieg eine traurige ist und daß unsere Handelsverhältnisse durch ihn beeinträchtigt werden. Ich will bei dieser Gelegenheit noch einen andern Gegenstand berühren, welcher in der letzten Zeit eine große Aufregung in allen Kreisen hervorgebracht hat. Der deutsche Reichskriegsminister hat an alle deutsche Länder die Aufforderung der Huldigung ihrer Truppen ergeben lassen. Ich spreche es aus, diese nur häusliche Angelegenheit wird hoffentlich unschwerig verständigt werden; indem wir nie das Ziel der deutschen Einheit außer Augen lassen werden, werden wir die Würde Preußens aufrecht zu erhalten wissen.“ (Bravo!)

Pokrzywnicki trägt auf die Bildung einer Sachkommission an, welche ein Gutachten abgebe über die vom Ministerium projektierte Richtung der Ostbahn und event. angebe, ob und wo die jetzt an einem Theile der Ostbahn beschäftigten Arbeiter anderweitig an dieser Bahn beschäftigt werden könnten? — Nachdem von Brünneck gegen den Antrag gesprochen, macht der Abg. Rodbertus darauf aufmerksam, daß es sich nur um die Bildung einer Kommission handle. Durch die Maßregel des Ministeriums, schon jetzt in einer noch nicht festgestellten Richtung der Bahn, um die sich aller Wahrscheinlichkeit nach ein Streit erheben werde, arbeiten zu lassen, übe es einen indirekten Zwang aus; es zwingt durch die Verwendung von Geldmitteln die Kammer zur Annahme der projektierten Bahnlinie. Das Finanz-Ministerium hat Gesetze gegeben, welche ich nicht billigen kann. Wir müssen einem solchen indirekten Zwange zuvorkommen; ich stimme für die Kommission. (Heftiges Bravo.) Minister Milde: Die verehrten Redner scheinen von der Ansicht auszugehen, daß das Gouvernement bedeutende Mittel besitze; es ist verhältnismäßig eine sehr kleine Summe, welche für die öffentlichen Arbeiten ausgesetzt ist. Der Bildung einer Kommission steht übrigens Seitens des Ministeriums nichts entgegen. — Der P.'sche Antrag wird angenommen.

Neuenburg, d'Estier und andere Deputierte stellen den Antrag, eine Kommission zu ernennen, welche ein Gesetz über die Steuerfreiheit der im preussischen Staate erzeugten Weine der Versammlung vorlegt. Die Versammlung geht auf diesen Antrag ein.

Abgeordneter v. Damitz erstattet Bericht für die Central-Abtheilung betreffend die Aufhebung des erimierten Gerichtsstandes in Kriminal- und fiskalischen Untersuchungen und Injurien-Sachen. Minister Märker erklärt sich davon überzeugt, daß die Gleichheit vor dem Gesetz dringendes Bedürfnis und der erimierte Gerichtsstand etwas Verleidendes sei. Auch in der Gefängnis-Einrichtung, in der Beköstigung der Gefangenen werde ein Unterschied gemacht zwischen Personen erimierten und nicht erimierten Gerichtsstandes. Bei Civilprozessen sei die Aufhebung des erimierten Gerichtsstandes momentan nicht möglich. Die Untergerichte würden mit Geschäften überlastet werden, man würde eine Menge neuer Subalternbeamte anstellen müssen, was sehr kostspielig sei. Vor allen Dingen aber dürfte ein großer Theil der bei Untergerichten angestellten Richter, die bis jetzt in Fideikommissachen u. dergl. nicht erkannt haben, nicht befähigt sein. Es ist ja doch zu erwarten, daß bald eine ganz neue Rechtspflege eingeführt werden wird. (Bravo!) Der Justiz-Minister fügte noch hinzu: Nur wenn der Entwurf angenommen werde, sei das Ministerium im Stande, Vorlagen wegen Einrichtung der Geschworenengerichte zu machen. — Nach einer längeren Debatte wurde unter Verwerfung zahlreicher Amendements der Gesetz-Entwurf in folgender von der Central-Abtheilung vorgeschlagener Redaktion angenommen:

§ 1. Der erimierte Gerichtsstand in Kriminal- und fiskalischen Untersuchungssachen, so wie

hoffe, es werde diese häusliche Angelegenheit in unserem deutschen Vaterlande der Form, so wie dem Wesen nach, unschwer zu einer Verständigung zu führen sein. Wie wir fortfahren werden, mit Aufrichtigkeit und Hingebung die Einheit Deutschlands zu fördern, so werden wir dennoch alle Maßregeln vermeiden, welche die zur Stärke Deutschlands notwendige Würde und Selbstständigkeit Preußens gefährden könnten.“

in Injurien-Prozessen wird in allen Landestheilen, wo derselbe noch besteht, hiermit aufgehoben. Rückichtlich der Militär- und Universitätsgerichte, sowie des Gerichtsstandes der Richter und der gerichtlichen Polizeibeamten bleiben die bestehenden Vorschriften in Kraft. § 2. Die Untersuchungen und Injurien-Sachen gegen Patrimonial-Gerichtsherren werden einem von dem betreffenden Obergerichte ein für allemal zu bestimmenden königlichen Gerichte übertragen. § 3. Auf die am Tage der Publikation des Gesetzes anhängigen Prozesse und Untersuchungen findet die gegenwärtige Verordnung keine Anwendung. § 4. Alle diesen Bestimmungen entgegenstehenden Vorschriften werden hiermit aufgehoben.

Ueber den § 1 erhob sich eine längere Debatte, insonders über den Anhang desselben „Rückichtlich u. s. w.“ Die Abgeordneten Jung und Borchardt vereinigten sich zu einem Amendement, nach welchem auch der besondere Gerichtsstand für das Militär, wie für die Universitäten aufgehoben werden sollte. Für den ersten Theil des Amendements (in Betreff des Militärs) stimmen 151, 166 dagegen; für den zweiten Theil ist die Minorität eine geringere. Der Passus: „rückichtlich des Gerichtsstandes der Richter u. s. w.“ wird mit 169 Stimmen gegen 166 angenommen.

Die Ruhr'sche Angelegenheit erhält die Priorität vor dem Lysiecki'schen Antrage wegen Aufhebung der Todesstrafe. Von mehreren Mitgliedern, die das Wort verlangen, erhält dasselbe Borchardt. Derselbe wird häufig unterbrochen, nur mit Mühe gelingt es ihm selbst und dem Präsidenten, dem Redner das Wort zu sichern. Er erklärt, den Vorgang am Zeughaufe um so mehr zu bedauern, als man denselben benutzt habe, das Gouvernement zu freizeitsgefährlichen Maßregeln zu veranlassen. (Murren.) Er greift das Commissions-Gutachten an, weil dasselbe auf den Thatbestand des dem Abg. Ruhr zur Last gelegten Verbrechens nicht eingehe. Dies sei im Baldenair'schen Fall geschehen und schon wegen der Konsequenz und um des Prinzips der Gerechtigkeit willen sei man es der Ehre des Abg. Ruhr und der National-Versammlung selbst, die durch den Vorfall berührt werde (Nein, nein!) schuldig, in diesem Falle denselben Weg einzuschlagen. Unter tosendem Widerspruch der rechten Seite und ebenso lärmender Zustimmung eines Theiles der Linken verliest der Redner aus den Akten die Zeugenaussage des Justiz-Kommissarius Turbach, des Bau-Inspektor Nieß, des Rechnungsraths Bloem, der Wittve Kaupis und des Abg. Temme. Die Depositionen der drei ersten Zeugen ergeben ziemlich übereinstimmend, daß der Angeeschuldigte ihnen ein Zündnadelgewehr mit dem Bemerkten gezeigt habe: er habe sich das Gewehr aus dem Zeughaufe geholt, um die ihm noch unbekannte Konstruktion desselben kennen zu lernen; das Volk habe Recht, hätte die Regierung, wie sie versprochen, Waffen vertheilt, so würde das Volk nicht nöthig gehabt haben, Gewalt zu brauchen; er wolle das Gewehr als Andenken mit nach Hause nehmen. Die Wittve Kaupis und Hr. Temme wußten über den letzten Theil der Aeußerung nichts zu bekunden. Ruhr selbst in seiner Vernehmung stellt dieselben in Abrede und will das Gewehr nach der Erstürmung des Zeughauses, der er nur aus der Ferne zugehört habe, auf der Straße einem ihm unbekannten jungen Manne abgenommen haben. Daß er das Gewehr nach einigen Tagen wieder abgeliefert, steht altemäßig fest. Nach Mittheilung dieses Thatbestandes bezieht Borchardt noch, daß die landrechtlichen Erfor-

*) Nach dem Staats-Anzeiger lautet die Erklärung des Minister-Präsidenten v. Auerswald folgendermaßen: „Es ist bereits gestern zur öffentlichen Kenntniß gekommen, daß die Unterhandlungen über den Waffenstillstand zwischen dem Ober-Befehlshaber der deutschen Truppen in Schleswig und dem dänischen Ober-General ohne Erfolg geblieben sei. Ich finde nöthig, dieser Bekanntmachung hinzuzufügen, daß das zeitige Wistlingen unserer Bestrebungen in einer Sache, welche Gegenstand unserer äußersten Anstrengungen unablässig gewesen, nicht die Hoffnung zerstört habe, in nicht langer Frist das erwünschte Ziel zu erreichen. Alles, was in dieser Beziehung zu thun möglich war, ist augenblicklich geschehen. Die Lage der Dinge gestattet nicht, Ihnen heute über die stattgefundenen Verhandlungen, über das Verhalten der Regierung nähere Mittheilung zu machen. Ich hoffe indes, der Augenblick ist nahe, wo dieses wird geschehen können; ich hoffe, daß er Ihnen die Ueberzeugung gewähren wird, daß die Regierung Sr. Majestät des Königs keinen Augenblick die ernste, ja, die fast unerträglich Lage des Ostseehandels und aller ihrer verderblichen Folgen für einen so großen Theil der Monarchie eben so wenig verkannt hat, als die Aufrechthaltung der Ehre Preußens und Deutschlands in ihrem ganzen Umfange. — Ich will bei dieser Gelegenheit einen anderen Umstand berühren, der in den verfloffenen Tagen eine bemerkbare Aufregung hervorgerufen hat; ich meine die durch die öffentlichen Blätter bekannt gewordene Aufforderung des Kriegs-Ministers der deutschen Centralgewalt. Ich erblicke in dieser Aufforderung nicht eine so große Schwierigkeit, als man ihr beilegen geneigt scheint. Es ist vielmehr eine ungewöhnliche Bezeichnung, aber ich fühle mich nicht im Stande, meine Anschauung anders auszudrücken, als indem ich ausspreche, daß ich sicher

denisse des Aufsturus in diesem Falle nicht vorhanden seien. Der Schluß der Diskussion wird von einer Seite mit Heftigkeit verlangt, von der andern eben so stürmisch verweigert. Behnisch spricht gegen, Kühnemann für den Schluß („im Interesse des Ruhr selbst, welchem daran liegen müsse, die Sache vor dem öffentlichen Gericht zur Erörterung zu bringen“). Die Majorität entscheidet sich für den Schluß. Röder beantragt namensliche Abstimmung. Diese ergibt: 242 für die von der Centrum-Abtheilung beantragte Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung des Abg. Ruhr, 17 gegen den Antrag; 12 enthalten sich der Abstimmung, weil ihnen weder eine Debatte, noch der Bericht der Abtheilung Gelegenheit gegeben habe, sich über den Thatbestand zu unterrichten. (Schluß 4 Uhr.)

© Berlin, 28. Juli. [Der vollständige Verfassungs-Entwurf.] Die Verfassungs-Kommission hat heute ihren Entwurf unterzeichnet, und dem Druck übergeben. Ich beile mich, Ihnen eine völlig authentische Abschrift desselben mitzutheilen.

Entwurf

Verfassungsurkunde für den preussischen Staat.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen, thun kund und fügen zu wissen, daß Wir mit dem nach dem Wahlgesetze vom 8. April 1848 gewählten und demnach von Uns zusammenberufenen Vertretern Unseres getreuen Volkes die nachfolgende Verfassung vereinbart haben, welche wir demnach hierdurch verkünden.

Tit. I.

Vom Staatsgebiet.

Art. 1. Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preussische Staatsgebiet.
Art. 2. Die Grenzen dieses Staatsgebietes können nur durch ein Gesetz verändert werden.

Tit. II.

Von den Rechten der Preußen.

Art. 3. Die Bedingungen für die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft eines Preußen, sowie für die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte werden durch die Verfassung und besondere Gesetze bestimmt.

Art. 4. Es giebt im Staate weder Standes-Unterschiede noch Standes-Vorrechte. Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. — Der Adel ist abgeschafft.

Art. 5. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. — Außer dem Falle der Ergreifung auf frischer That darf eine Verhaftung nur kraft eines schriftlichen, die Anschuldigung bezeichnenden richterlichen Befehls bewirkt werden. Dieser Befehl muß entweder bei der Verhaftung oder spätestens innerhalb 24 Stunden zugestellt werden. In gleicher Frist ist das Erforderliche zu veranlassen, um den Verhafteten dem zuständigen Richter vorzuführen.

Art. 6. Niemand darf wider seinen Willen vor einen anderen als den im Gesetze bezeichneten Richter gestellt werden. — Ausnahmsgerichte und außerordentliche Kommissionen sind unstatthaft. — Keine Strafe kann angedroht oder verhängt werden, als in Gemäßheit des Gesetzes.

Art. 7. Die Wohnung ist unverletzlich. Hausdurchsuchungen dürfen nur unter Mitwirkung des Richters oder der gerichtlichen Polizei in den Fällen und nach den Formen des Gesetzes vorgenommen werden.

Art. 8. Die Strafen des bürgerlichen Todes und der Vermögens-Konfiskation finden nicht statt.

Art. 9. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staatswegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden.

Art. 10. Die Freiheit der Presse und Rede darf durch kein Gesetz beschränkt werden. Die Censur bleibt für immer aufgehoben.

Art. 11. Der Mißbrauch der Presse und Rede wird nach den allgemeinen Landesgesetzen bestraft. Bis zur erfolgten Revision des Strafrechts bestimmt darüber ein besonderes transitorisches Gesetz.

Art. 12. Ist der Verfasser einer Schrift bekannt und in Preußen bei Einleitung des gerichtlichen Verfahrens wohnhaft und anwesend, so dürfen Drucker, Verleger und Vertheiler, wenn deren Mitschuld nicht durch andere Thatfachen begründet wird, nicht verfolgt werden. Auf der Druckschrift muß der Drucker oder Verleger genannt sein. Eine Sicherheitsleistung von Seiten der Schriftsteller, Verleger oder Drucker darf nicht verlangt werden.

Art. 13. Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln. Wer eine Versammlung unter freiem Himmel zusammenberuft, muß davon sofort der Ortspolizei-Behörde Anzeige machen, welche dieselbe wegen dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verbieten kann.

Art. 14. Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwider laufen, in Gesellschaften zu vereinigen.

Art. 15. Die Bedingungen, unter welchen Korporationsrechte erteilt oder verweigert werden, bestimmt das Gesetz.

Art. 16. Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Petitionen unter einem Gesamtnamen sind nur Behörden und Korporationen gestattet.

Art. 17. Das Briefgeheimnis ist unverletzlich. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegszeiten notwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden.

Art. 18. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnis und der Theilnahme an irgend einer Religionsgesellschaft. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf dadurch kein Abbruch geschehen. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet.

Art. 19. Jede Religionsgesellschaft ist in Betreff ihrer inneren Angelegenheiten und der Verwaltung ihres Vermögens

gens der Staatsgewalt gegenüber frei und selbstständig. — Der Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Oberen ist unbehindert. Der Erlaß und die Bekanntmachung ihrer Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen.

Art. 20. Das Kirchenpatronat sowohl des Staats als der Privaten soll aufgehoben werden. Die Aufhebung regelt ein besonderes Gesetz.

Art. 21. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe wird durch deren Abschließung vor dem dazu von der Staatsgesetzgebung bestimmten Civilstands-Beamten bedingt.

Art. 22. Unterricht zu erteilen und Unterrichts-Anstalten zu gründen, steht Jedem frei. Vorbeugende, beengende Maßregeln sind untersagt. Die Eltern oder Vormünder sind verpflichtet, ihre Kinder oder Pflegebefohlenen in den Elementargegenständen unterrichten zu lassen. Die Befugnis der Eltern oder Vormünder, darüber zu bestimmen, wo ihre Kinder oder Pflegebefohlenen unterrichtet oder erzogen werden sollen, darf auf keine Weise beschränkt werden.

Art. 23. Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden, aushilfsweise von den Gemeinde-Verbänden und vom Staate aufgebracht. In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich erteilt.

Art. 24. Die öffentlichen Volksschulen, so wie alle übrigen öffentlichen Unterrichts-Anstalten stehen unter Aufsicht eigener Behörden und sind von jeder kirchlichen Aufsicht frei.

Art. 25. Ein Unterrichtsgesetz regelt das ganze öffentliche Unterrichtswesen auf Grund vorstehender Bestimmungen.

Art. 26. Jeder Preuße ist nach vollendetem zwanzigsten Jahre berechtigt, Waffen zu tragen. Die Ausnahmefälle bestimmt das Gesetz. Jeder waffenberechtigte Preuße ist dem Staate wehrpflichtig. Ausnahmen dürfen nur eintreten wegen körperlicher Unfähigkeit oder aus Rücksichten des Gemeinwohls nach Maßgabe des Gesetzes.

Art. 27. Die bewaffnete Macht besteht: aus dem stehenden Heere, der Landwehr, der Volkswehr. — Besondere Gesetze regeln die Art und Weise der Einstellung und die Dienstzeit.

Art. 28. Die bewaffnete Macht wird auf die Verfassung verpflichtet. Sie kann zur Unterdrückung innerer Unruhen nur auf Requisition der Civilbehörden und in den vom Gesetze bestimmten Fällen und Formen verwendet werden.

Art. 29. Die Volkswehr besteht aus denjenigen wehrhaften Männern vom vollendeten 21sten bis zurückgelegten 50sten Lebensjahre, welche nicht im aktiven Dienste stehen. Sie hat vorzugsweise die Pflicht, die konstituirten Gewalten zu schützen und für die Aufrechterhaltung der Ordnung und der verfassungsmäßigen Rechte des Volks zu wachen. Im Kriege kann sie zur Unterstützung des stehenden Heeres und der Landwehr, jedoch nur im Innern des Landes, nach Maßgabe des Gesetzes, verwendet werden.

Art. 30. Die Volkswehr hat das Recht, ihre Führer, bis zu den Chefs der Bataillone einschließlich selbst zu wählen. Sind höhere Führer erforderlich, so hat die Regierung das Recht der Wahl unter drei von der Volkswehr vorgeschlagenen Kandidaten. Der Landwehr steht das Recht der Wahl nur bis zum Grade des Hauptmanns einschließlich zu. Die Art der Wahl bestimmt das Gesetz.

Art. 31. Die bewaffnete Macht steht außer dem Kriege und Dienste unter dem bürgerlichen Gesetze. Die militärische Disziplin im Kriege und Frieden bestimmt das Gesetz.

Art. 32. Kein bewaffnetes Corps darf berathschlagt werden.

Art. 33. Das Eigenthum kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohls gegen vorgängige, in dringenden Fällen wenigstens vorläufig festzustellende Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes entzogen oder beschränkt werden.

Art. 34. Die Errichtung von Lehen und Stiftung von Familien-Fideikommissen ist untersagt. Die bestehenden Lehen und Familien-Fideikommissen werden ohne Entschädigung der Erbfolgeberechtigten freies Eigenthum in der Hand derjenigen, welchem am Tage der Verkündung der gegenwärtigen Verfassung das Lehn oder Fideikommiss angefallen war.

Art. 35. Die Aufhebung der Lehnsherrschaft erfolgt ohne Entschädigung.

Art. 36. Vorstehende Bestimmungen (Art. 33 u. 36) finden auf die Thronlehen, das königliche Haus- und prinzipale Fideikommiss, sowie auf die außerhalb des Staates gelegenen Lehen und die standesherrlichen Lehen- und Fideikommissen, insofern letztere durch das deutsche Bundesrecht gewährleistet sind, zur Zeit keine Anwendung. Die Rechtsverhältnisse derselben sollen durch besondere Gesetze geordnet werden.

Art. 37. Das Recht der freien Verfügung über das Grundeigenthum unterliegt keinen anderen Beschränkungen, als denen der allgemeinen Gesetzgebung. Die Theilbarkeit des Grundeigenthums und die Ablosbarkeit der Grundlasten wird gewährleistet. — Aufgehoben ohne Entschädigung sind: a) die Gerichtsherrschaft, die gutsherrliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt, sowie die gewissen Grundstücken zustehenden Hoheitsrechte und Privilegien, wogegen die Lasten und Leistungen wegfallen, welche den bisher Berechtigten oblagen; b) die aus diesen Befugnissen, aus der Schutzherrschaft, der früheren Erbunterthänigkeit, der früheren Steuer- und Gewerbeverfassung herkommenden Verpflichtungen. Bei erblicher Ueberlassung eines Grundstückes ist nur die Uebertragung des vollen Eigenthums zulässig; jedoch kann auch hier ein fester, ablosbarer Zins vorbehalten werden.

Tit. III.

Vom Könige.

Art. 38. Die königliche Gewalt ist erblich in dem Mannesstamme des königlichen Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge.

Art. 39. Der König ist mit Vollendung des 18. Lebensjahres volljährig. — Er leistet vor Ergreifung der königlichen Gewalt im Schooße der vereinigten Kammern folgenden Eid: „Ich schwöre, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten, und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren.“

Art. 40. Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher eines anderen Staates sein.

Art. 41. Im Falle der Minderjährigkeit des Königs vereinigen sich beide Kammern zu Einer Versammlung, um die Regentschaft und die Vormundschaft anzuordnen, insofern nicht schon durch ein besonderes Gesetz für Beides Vorsorge getroffen ist.

Art. 42. Ist der König in der Unmöglichkeit zu regieren, so beruft das Ministerium sofort beide Kammern, um in Gemäßheit des Artikels 41 zu handeln.

Art. 43. Die Regentschaft kann nur Einer Person übertragen werden. Der Regent schwört vor Antrittung der Regentschaft den im Art. 39 vorgeschriebenen Eid. Wäh-

rend der Regentschaft ist eine Aenderung der Verfassung nicht gestattet.

Art. 44. Die Person des Königs ist unverletzlich. Seine Minister sind verantwortlich. Alle Regierungsakte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

Art. 45. Dem Könige steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernannt und entläßt die Minister. — Er befiehlt die Verkündung der Gesetze, und erläßt die zu deren Ausführung nöthigen Verordnungen, ohne jemals die Vollziehung der ersteren aufzuheben oder erlassen zu können.

Art. 46. Der König führt den Oberbefehl über das Heer und besetzt alle Stellen in demselben, so wie in den übrigen Zweigen des Staatsdienstes, insofern nicht das deutsche Bundesrecht, die Verfassungsurkunde oder das Gesetz ein Anderes verordnet.

Art. 47. Der König hat das Recht, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen und Verträge mit fremden Regierungen zu errichten, insofern dies Recht nicht durch das deutsche Bundesrecht beschränkt ist oder werden wird. — Unter dieser letzteren Beschränkung bedürfen alle Verträge und Friedensschlüsse mit fremden Staaten zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung oder der nachträglichen Genehmigung der Kammern.

Art. 48. Der König hat das Recht der Begnadigung und der Strafmilderung. — Zu Gunsten eines wegen seiner Amtsführung verurtheilten Ministers kann dies Recht nur auf Antrag derjenigen Kammer ausgeübt werden, von welcher die Anklage ausgegangen ist. — Er kann bereits eingeleitete Untersuchungen nur auf Grund eines besonderen Gesetzes niederschlagen.

Art. 49. Dem Könige steht die Verleihung von Orden und anderen mit keinen Privilegien versehenen Auszeichnungen zu. — Er übt das Münzrecht nach Maßgabe des Gesetzes.

Art. 50. Das Gesetz bestimmt die Civilliste für die Dauer jeder Regierung.

Art. 51. Der König beruft die Kammern und schließt ihre Sitzungen. Er kann sie entweder beide zugleich oder nur eine auflösen. In der Auflösungs-Urkunde muß der Tag der neuen Wahlen und der Berufung der Kammern bestimmt und die desfallsige Frist für die ersten nicht über 40, für die letztere nicht über 60 Tage ausgedehnt werden.

Art. 52. Der König kann die Kammern vertagen. Ohne deren Zustimmung darf diese Vertagung die Frist von 30 Tagen nicht übersteigen und während derselben Session nicht wiederholt werden.

Titel IV.

Von den Ministern.

Art. 53. Die Minister, so wie die zu ihrer Vertretung abgeordneten Staatsbeamten haben Zutritt zu jeder Kammer und müssen auf ihr Verlangen gehört werden. — Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen. — Die Minister haben in einer oder der andern Kammer nur dann Stimmrecht, wenn sie Mitglieder derselben sind.

Art. 54. Die Minister können durch Beschluß einer Kammer wegen des Verbrechens der Verfassungsverletzung, der Bestechung und des Verraths angeklagt werden. Ueber solche Anklagen entscheidet der oberste Gerichtshof der Monarchie in vereinigten Senaten. So lange noch zwei oberste Gerichtshöfe bestehen, treten dieselben zu obigen Zwecken zusammen. — Die näheren Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren und das Strafmaß werden einem besonderen Gesetze vorbehalten.

Titel V.

Von den Kammern.

Art. 55. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt. — Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich. — Wird jedoch ein Gesetzesvorschlag unverändert von beiden Kammern zum dritten Male angenommen, so erhält er durch die dritte Annahme Gesetzeskraft.

Art. 56. Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden nach Maßgabe der Bevölkerung festgestellt.

Art. 57. Jeder Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerl. Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Wähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung bezieht.

Art. 58. Die Wähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Volkszahl von 250 Seelen ihrer Bevölkerung einen Wahlmann.

Art. 59. Die Abgeordneten werden durch die Wahlmänner erwählt. Die Wahlbezirke sollen so organisiert werden, daß mindestens zwei Abgeordnete von einem Wahlkörper gewählt werden.

Art. 60. Nach Ablauf von zwei Legislatur-Perioden der zweiten Kammer können direkte Wahlen für dieselbe durch das Gesetz eingeführt werden.

Art. 61. Die Legislatur-Periode der zweiten Kammer wird auf drei Jahre festgesetzt.

Art. 62. Zum Abgeordneten der zweiten Kammer ist jeder Preuße wählbar, der das dreißigste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits ein Jahr lang in Preußen seinen Wohnsitz hat.

Art. 63. Die erste Kammer besteht aus 175 Mitgliedern.

Art. 64. Die Mitglieder der ersten Kammer werden durch die Bezirks- und Kreisvertreter erwählt. Die vereinigten Bezirks- und Kreisvertreter eines Bezirks bilden je einen Wahlkörper und wählen die nach der Bevölkerung auf den Bezirk fallende Zahl der Abgeordneten.

Art. 65. Die Legislatur-Periode der ersten Kammer wird auf 6 Jahre festgesetzt.

Art. 66. Wählbar zum Mitgliede der ersten Kammer ist jeder Preuße, der das 40ste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits 1 Jahr lang in Preußen seinen Wohnsitz hat.

Art. 67. Die Kammern werden nach Ablauf ihrer Legislatur-Periode neu gewählt. Ein Gleiches geschieht im Falle der Auflösung. In beiden Fällen sind die bisherigen Mitglieder wieder wählbar.

Art. 68. Das Nähere über die Ausführung der Wahlen zu beiden Kammern bestimmt das Wahlausführungsgesetz.

Art. 69. Stellvertretern für die Mitglieder beider Kammern werden nicht gewählt.

Art. 70. Die Kammern werden durch den König regelmäßig im Monat November jeden Jahres und außerdem, so oft es die Umstände erheischen, einberufen. — Am letzten Tage dieses Monats, so wie spätestens am 10ten Tage nach dem Tode des Königs, versammeln sich dieselben von Rechts wegen. Ist im letztern Falle die eine oder die andere Kammer aufgelöst und erst auf einen spätern Zeitpunkt wieder einberufen, so tritt die aufgelöste Kammer bis zur Zusammenkunft der neugewählten in Wirksamkeit. — Bis zur Eidesleistung des Thronfolgers oder des Regenten, übt das Staats-Ministerium unter eigener Verantwortlichkeit die königliche Gewalt aus.

Art. 71. Die Eröffnung und die Schließung der Kammern geschieht durch den König in Person oder durch einen dazu von ihm beauftragten Minister in einer Sitzung der vereinigten Kammern. — Beide Kammern werden gleichzeitig berufen, eröffnet, vertagt und geschlossen. — Wird eine Kammer aufgelöst, so setzt die andere ihre Sitzungen aus.

Art. 72. Dem Könige so wie jeder Kammer steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen. — Vorschläge, welche durch eine der Kammern oder durch den König verworfen worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden. — Jeder Gesetzesvorschlag über Einnahme und Ausgabe des Staates, so wie über Ergänzung des stehenden Heeres, muß zuerst von der zweiten Kammer genehmigt werden.

Art. 73. Eine jede Kammer hat die Befugnis, Kommissionen zur Untersuchung von Thatsachen zu ernennen, mit dem Rechte, unter Mitwirkung richterlicher Beamten Zeugen eidlich zu vernehmen und die Behörden zur Assistenz zu requiriren.

Art. 74. Keine der beiden Kammern kann einen Beschluß fassen, wenn nicht die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist. — Jede Kammer faßt ihre Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit, vorbehaltlich der durch die Geschäftsordnung für Wahlen etwa zu bestimmenden Ausnahmen.

Art. 75. Jede Kammer prüft die Legitimation ihrer Mitglieder und entscheidet darüber. Sie regelt ihren Geschäftsgang durch eine Geschäfts-Ordnung, und erwählt ihren Präsidenten, ihre Vicepräsidenten und Schriftführer. — Beamte bedürfen keines Ueberlasses zum Eintritt in die Kammer. Durch die Annahme eines besoldeten Staatsamtes oder einer Beförderung im Staatsdienste verliert jedes Mitglied einer Kammer Sitz und Stimme in derselben und kann seine Stelle nur durch eine neue Wahl wieder erlangen. — Niemand kann Mitglied beider Kammern sein.

Art. 76. Jede Kammer hat für sich das Recht, Adressen an den König zu richten. — Niemand darf den Kammern oder einer derselben in Person eine Bittschrift oder Adresse überreichen. — Jede Kammer kann die an sie gerichteten Schriften an die Minister überweisen und von denselben Auskunft über eingehende Beschwerden verlangen.

Art. 77. Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich. Jede Kammer tritt auf den Antrag ihres Präsidenten oder von 10 Mitgliedern zu einer geheimen Sitzung zusammen, in welcher dann zunächst über diesen Antrag zu beschließen ist.

Art. 78. Die Mitglieder beider Kammer sind Vertreter des ganzen Volkes. — Sie stimmen nach ihrer freien Ueberzeugung und sind an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.

Art. 79. Sie können für ihre Abstimmungen oder für die in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete abgegebenen schriftlichen oder mündlichen Äußerungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden. — Kein Mitglied einer Kammer kann ohne ihre Genehmigung während der Sitzungs-Periode wegen einer mit Strafe betroffenen Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder binnen der nächsten 24 Stunden nach derselben ergriffen wird. — Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden notwendig. — Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied einer Kammer und eine jede Untersuchungs- oder Civil-Haft wird für die Dauer der Sitzung aufgehoben, wenn die betreffende Kammer es verlangt.

Art. 80. Die Mitglieder beider Kammern erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Verzicht hierauf ist unstatthaft.

Titel VI.

Von der richterlichen Gewalt.

Art. 81. Die richterliche Gewalt wird im Namen des Königs durch unabhängige, keiner andern Autorität als der des Gesetzes unterworfen, Gerichte ausgeübt. Die Urtheile werden im Namen des Königs ausgefertigt und vollstreckt.

Art. 82. Die Richter werden vom Könige auf ihre Lebenszeit ernannt. Sie können nur durch Urtheil und Recht aus Gründen, welche die Gesetze vorsehen und bestimmt haben, ihres Amtes entsetzt, zeitweise entzogen, unfreiwillig an eine andere Stelle versetzt oder pensionirt werden. — Auf die Versetzungen, welche durch Veränderungen in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke nöthig werden, findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Art. 83. Das Richteramt ist mit der gleichzeitigen Verwaltung eines anderen besoldeten Staats-Amtes unvereinbar. Ausnahmen finden nur auf Grund eines Gesetzes statt.

Art. 84. Die Verleihung von Titeln, die nicht unmittelbar mit dem Amte verbunden sind, und von Orden, so wie die Zuwendung von Gratifikationen an Richter darf nicht stattfinden.

Art. 85. Es sollen im ganzen Umfange der Monarchie Einzelrichter, Landgerichte und Appellationsgerichte eingeführt werden. Die Organisation wird durch das Gesetz bestimmt, welches gegenwärtiger Verfassungs-Urkunde beigefügt ist.

Art. 86. Niemand darf zu einem Richteramt berufen werden, welcher sich nicht zu demselben nach näherer Vorschrift der Gesetze befähigt hat.

Art. 87. Handels- und Gewerbegerichte sollen im Wege der Gesetzgebung an den Orten errichtet werden, wo das Bedürfnis solche erfordert. — Die Einrichtung der zur Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin notwendigen Militärgerichte wird durch das Gesetz bestimmt. — Die Organisation und Zuständigkeit der Handels-, Gewerbe- und Militärgerichte, das Verfahren bei denselben, die Ernennung ihrer Mitglieder, die besonderen Verhältnisse der letzteren und die Dauer ihres Amtes werden durch das Gesetz festgestellt.

Art. 88. Nach Einführung eines gleichförmigen Gerichtsverfahrens werden die noch bestehenden obersten Gerichtshöfe zu einem einzigen vereinigt.

Art. 89. Alle Funktionen, welche nicht im Rechtssprechen bestehen, oder dasselbe nicht vorbereiten, sollen von

dem Richteramt getrennt sein. Ausnahmen bestimmt das Gesetz.

Art. 90. Die Verhandlungen vor dem erkennenden Gerichte in Civil- und Strafsachen sollen öffentlich sein. Die Öffentlichkeit kann jedoch durch ein öffentlich zu verkündendes Urtheil ausgeschlossen werden, wenn sie der Ordnung oder den guten Sitten Gefahr droht. In Civilsachen kann die Öffentlichkeit auch durch Gesetze beschränkt werden.

Art. 91. Bei den mit schweren Strafen bedrohten Handlungen (Verbrechen) so wie bei politischen und Preßvergehen erfolgt die Entscheidung über die Schuld des Angeklagten durch Geschworene. — Die Bildung des Geschworenengerichts wird durch ein Gesetz geregelt, welches der gegenwärtigen Verfassungs-Urkunde beigefügt ist.

Art. 92. Die Kompetenz der Gerichte und Verwaltungsbehörden wird durch das Gesetz bestimmt. Ueber Kompetenzkonflikte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden entscheidet ein durch das Gesetz bezeichneter Gerichtshof.

Art. 93. Es ist keine vorgängige Genehmigung der Behörden nöthig, um öffentliche Civil- und Militärbeamte wegen der durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübten Rechtsverletzungen gerichtlich zu belangen.

Titel VII.

Von den Staatsbeamten.

Art. 94. Die besonderen Rechtsverhältnisse der nicht zum Richteramt gehörigen Staatsbeamten, einschließlich der Staatsanwälte, sollen durch ein Gesetz geregelt werden, welches, ohne die Regierung in der Wahl der ausführenden Organe zweckwidrig zu beschränken, den Staatsbeamten gegen willkürliche Entziehung von Amt und Einkommen angemessenen Schutz gewährt.

Art. 95. Auf die Ansprüche der vor Verkündigung der Verfassungsurkunde etatsmäßig angestellten Staatsbeamten soll im Staatsdienergesetz besondere Rücksicht genommen werden.

Titel VIII.

Von der Finanz-Verwaltung.

Art. 96. Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Stat gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt.

Art. 97. Steuern und Abgaben für die Staatskasse dürfen nur, soweit sie in den Staatshaushalts-Stat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden.

Art. 98. In Betreff der Steuern können Bevorzugungen nicht eingeführt werden. — Die bestehende Steuer-gesetzgebung wird einer Revision unterworfen und dabei jede Bevorzugung abgeschafft.

Art. 99. Gebühren können Staats- oder Kommunal-Beamte nur auf Grund des Gesetzes erheben.

Art. 100. Die Aufnahme von Anleihen für die Staatskasse findet nur auf Grund eines Gesetzes statt. Dasselbe gilt von der Uebernahme von Garantien zu Lasten des Staates.

Art. 101. Zu Statsüberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der Kammern erforderlich. Die Rechnungen über den Staatshaushalt werden von der Ober-Rechnungskammer geprüft und festgestellt. Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt jeden Jahres wird von der Ober-Rechnungs-Kammer zur Entlastung der Staatsregierung den Kammern vorgelegt. Ein besonderes Gesetz wird die Einrichtung und die Befugnisse der Oberrechnungskammer bestimmen.

Titel IX.

Von den Gemeinden, Kreise- und Bezirks-Verbänden.

Art. 102. Das Gebiet des preussischen Staates wird in Bezirke, Kreise und Gemeinden eingetheilt, deren Grenzen, Einrichtungen und Verwaltungsform durch besondere Gesetze unter Festhaltung folgender Grundsätze näher bestimmt werden:

- 1) Ueber die inneren und besonderen Angelegenheiten der Bezirke, Kreise und Gemeinden beschließen aus gewählten Vertretern bestehende Versammlungen, deren Beschlüsse durch die Vorsteher der Bezirke, Kreise und Gemeinden ausgeführt werden. Das Gesetz wird die Fälle bestimmen, in welchen die Beschlüsse der Gemeinden, Kreise und Bezirke der Genehmigung einer höheren Vertretung oder der Staatsregierung unterworfen sind.
- 2) Die Vorsteher der Bezirke werden von der Staatsregierung ernannt, die der Kreise werden von den Gemeinden, die der Gemeinden von den Gemeindegliedern erwählt. Die Organisation der Exekutivgewalt des Staates wird hierdurch nicht berührt.
- 3) Den Gemeinden insbesondere steht die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeinde-Angelegenheiten zu, mit Einschluss der Ortspolizei.
- 4) Alle selbstständigen Mitglieder einer Gemeinde, welche seit Jahresfrist in derselben ihren Wohnsitz haben, zu den Lasten der Gemeinde beitragen, und sich im Vollgenusse der staatsbürgerlichen Rechte befinden, sind in Angelegenheiten der Gemeinde gleich berechtigt und insbesondere zur Wahl der Gemeindevertreter berufen.
- 5) Die Bezirks-, Kreis- und Gemeinde-Versammlungen sind der Regel nach öffentlich. Die Ausnahmen bestimmt das Gesetz. Ueber die Einnahmen und Ausgaben muß mindestens jährlich ein Bericht veröffentlicht werden.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 103. Kein Gesetz, keine Verordnung ist verbindlich, wenn sie nicht zuvor in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form bekannt gemacht sind.

Art. 104. Ein die Verfassung abänderndes Gesetz muß in jeder Kammer durch eine Stimmenmehrheit von mindestens zwei Dritttheilen angenommen sein. Die Schlussbestimmung des Art. 55 findet hierauf keine Anwendung.

Art. 105. Nach erfolgter Annahme der gegenwärtigen Verfassung wird der König in Gegenwart der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung den in Artikel 39 aufgenommenen Eid leisten.

Art. 106. Die Mitglieder der beiden Kammern, alle Staatsbeamte und die bewaffnete Macht haben dem Könige und der Verfassung Treue und Gehorsam zu schwören.

Art. 107. Sollten, nach dem für Deutschland festzustellende Verfassung Abänderungen der gegenwärtigen Verfassungsurkunde nöthig werden, so wird der König dieselben anordnen und diese Anordnungen den Kammern bei ihrer näch-

sten Versammlung mittheilen. Die Kammern werden dann Beschluß darüber fassen, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der deutschen Verfassung in Uebereinstimmung stehen.

Art. 108. Alle den Bestimmungen der Verfassungsurkunde entgegenstehende gesetzliche Vorschriften treten sofort außer Kraft.

Art. 109. Die bestehenden Steuern und Abgaben werden fortgehoben, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden.

Art. 110. Im Fall eines Krieges oder Aufruhrs kann durch ein besonderes Gesetz eine zeit- und distriktweise Aufhebung der Artikel 5, 13 und 26 der Verfassungsurkunde längstens bis zur nächstfolgenden Kammer Sitzung ausgesprochen werden. Sind in diesem Falle die Kammern nicht versammelt, so kann auf Beschluß und unter der Verantwortlichkeit des Staatsministers jene Suspendirung provisorisch ausgesprochen werden. Die Kammern sind in diesem Falle sofort zusammenzuberufen.

Die Verfassungs-Kommission.

Waldeck. Baumstark. Bauerband. Balzer. Behnisch. Berends. Bloem. v. Daniels. Elsner. Evelt. Hartmann. Heise. Jonas. Mäke. Niemeyer. Pelzer. Phillips. Reuter. Reichensperger. Stein. Ulrich. Wachsmuth. Zachariae. Zentker.

Berlin, 28. Juli. [Amtl. Art. des Staats-Anz.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Oberst-Lieutenant a. D. v. Seegenberg den rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Fahrsteiger Spengler auf der Steinkohlengrube Mültheimergrüch im märkischen Bergamts-Bezirk und dem Waisenhaus-Schulzen Krone zu Belten, Regierungs-Bezirk Potsdam, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Aus dem Mir von Ihnen gehaltenen Vortrage habe Ich mit Wohlgefallen entnommen, daß das Kriegs-Ministerium bereits mit umfassenden Reformen des Militär-Medizinalwesens beschäftigt ist. Ich werde daher Ihren weiteren Vortrag über das Ergebnis der stattfindenden Beratungen erwarten. Um jedoch dem ärztlichen Personal, dessen erfolgreiche Wirksamkeit für die Armee Ich gern anerkenne, schon gegenwärtig einen Beweis meiner Fürsorge zu geben, will Ich nach Ihren Vorschlägen Folgendes bestimmen:

- 1) Die als praktische Ärzte und Wundärzte approbirten Doktoren, welche ihrer Militärpflicht durch einjährigen oder dreijährigen Dienst als Chirurgen genügt haben und in einer etatsmäßigen Stelle weiter fortbilden wollen, so wie die als Wundärzte 1ter Klasse approbirten Chirurgen, welche drei Jahre gedient haben, erhalten bei bewiesener guter Führung und Dienst-Application den Titel „Assistenz-Arzte.“
- 2) Die sämtlichen übrigen Chirurgen werden künftig „Unter-Arzte“ benannt. Auch bin Ich damit einverstanden, daß die seitherigen Pensionär-Arzte des Friedrich-Wilhelms-Instituts nunmehr den Titel „Stabs-Arzte 2ter Klasse“ führen.
- 3) Den Stabs-Arzten 1ter Klasse, Garnison-Stabs-Arzten und Bataillons-Arzten der Linie und Landwehr bewillige Ich den Premier-Lieutenants- und den Stabs-Arzten 2ter Klasse und Assistenz-Arzten den Seconden-Lieutenants-Rang.
- 4) Das Gehalt, sowohl der Assistenz- als Unterärzte will Ich durch eine Zulage von 5 Mk. monatlich oder 60 Mk. jährlich erhöhen und Mir die anderweitige Verbesserung der Lage der Assistenz-Arzte bis dahin vorbehalten, wo sich in Folge der beabsichtigten Reformen die Geldmittel dazu werden disponibel machen lassen.
- 5) In der Bekleidung des gesamten militärärztlichen Personals soll eine Veränderung dahin eintreten, daß statt des Hutes und der Uniform nunmehr Helm und Waffenrock getragen werden. Die nähere Anweisung wird das Kriegs-Ministerium ergehen lassen.
- 6) Die im Offizier-Ränge stehenden Ärzte tragen Epaulette, und unterscheiden sich die im Premier-Lieutenants-Ränge stehenden Ärzte von den im Seconden-Lieutenants-Ränge stehenden durch einen Stern im Epaulettefeld.
- 7) Der Offizier-Rang gibt Anspruch auf das Portepée in Silber und Schwarz; den sämtlichen Unter-Arzten bewillige Ich das goldene Portepée. Ich beauftrage Sie mit der weiteren Bekanntmachung und Ausführung dieser Meiner Ordre.

Sanfouci, den 25. Juli 1848.
(gez.) Friedrich Wilhelm.
(gegentz.) v. Schreckenstein.

An den Kriegs-Minister, General-Lieutenant Freiherrn von Schreckenstein.
Abgereist: Se. Excellenz der General der Infanterie, General-Inspector der Festungen und Chef der Ingenieure und Pioniere, von Aler nach Schlesien. — Der General-Major à la Suite Sr. Majestät des Königs, von Below, nach Wien.

[Militär-Wochenblatt.] Stevogt, Major und Brig. der 7. Art. Brig., unter Aggregation bei derselben, zum Komdt. von Thorn. v. d. Mülbe, Oberst-Lieut. vom 4. Inf. Regt., unter Aggregation bei dem Regt., zum Komdt. von Weichselmünde. Gr. Lüttichau, Major vom 8. Inf. Reg. zum Komdr. des 2. Bats. 8. Ldw. Regts. — Bei der Landwehr: May, Pr. Lt. vom 1. Bat. 11. Regts. ins 1. Bataillon 8. Regiments einrangirt. Loewe, Oberst-Lieutenant a. D., zuletzt im 12. Infanterie-Regt., zum Führer des 2. Aufg. vom 1. Bat. 8. Regts. Keusch, Major a. D., zum Führer des 2. Aufg. vom 2. Bat. 20. Regts. v. Reichenbach, Gen. Maj. und Komdt. von Thorn, als Gen. Lt. mit Pension der Abschied bewilligt. v. Bock, Oberst und Komdt. von Weichselmünde, mit Pension zur Disp. gestellt. v. Gizeki, Hauptm. und Art. Offiz. des Plazes Graudenz, als Major mit Pension. v. Froreich, Oberst-Lt. zur Disp., mit der Unif. des 15. Inf. Regts. mit den vorsch. Abz. f. B. und Pension, der Abschied bewilligt. v. Lindequist,

Major und Komdeur des 3. Bataillons 26. Regiments, als Oberst-Lieutenant mit der Uniform des 34. Inf. Regts. mit den vorsch. Abz. f. B. u. Pension. Heubuck, Major und Komdeur des 2. Bats. 8. Regts., als Oberst-Lt. mit der Unif. des 12. Inf. Regts. mit den vorsch. Abz. f. B. u. Pension.

Das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Midizinal-Angelegenheiten hat auf Grund des Bundes-Beschlusses vom 2. April d. J. die Beschränkungen aufgehoben, welche den Juristen-Fakultäten der Landes-Universitäten durch frühere Bundes-Beschlüsse und Ministerial-Verfügungen bei der Annahme der von außerhalb eingefandten Akten in Kriminal- und Polizeisachen zum Spruch auferlegt waren.

(St. Anz.)

† Berlin, 28. Juli. [Konstabler. Die Linke. Verfassungs-Entwurf. Gemeindeordnung.] Wer die drei letzten Tage des Berliner Lebens genau und vorurtheilsfrei beobachtet hat, der wird sich nicht, wie der Δ Correspondent der Schlesischen Zeitung zu der Bemerkung veranlaßt fühlen, daß die Konstabler einen guten Eindruck gemacht hätten. Gerade das Gegentheil! Die Meisten derselben haben gleich Anfangs alles Mögliche gethan, ihr Amt sowohl verfaßt als lächerlich zu machen, indem sie die rein polizeiliche Physiognomie so stark zum Vorschein kommen ließen, wie es jetzt kein offizieller Polizeibeamter wagen würde. Macht schon ihr müßiges Stehen an den Straßenecken und ihr höchst indiscretes Andrängen an einzelne Personen einen höchst unangenehmen und widerwärtigen Eindruck, so wird derselbe noch im höchsten Grade durch die Willkür vermehrt, mit welcher sie sich oft ohne alle Veranlassung Verhaftungen und unhöfliche Redensarten zu Schulden kommen lassen. An einem und demselben Tage habe ich selbst gesehen, wie Konstabler ein kleines Mädchen, welches sich das unschuldige Vergnügen machte, sich auf der Kette vor dem Zeughause zu schaukeln, wie sie einen Offizier, der ihnen zu laut sprach, arretilen wollten, wie sie endlich Herrn Eichler wirklich arretilen, weil er sich über die geräuschvolle Verhaftung einer ihm unbekannten Person mißfällig äußerte. Herr Eichler sowohl, als mehrere andere Personen, denen dasselbe Schicksal widerfahren war, wurden natürlich wieder freigelassen; aber die Aufregung, die in Folge solcher Vorfälle entstanden ist, hat bereits ziemlich weit um sich gegriffen. Während seit 4 Wochen keine Zusammenrottungen mehr stattfanden, sind sie jetzt bis spät in die Nacht wieder ganz gewöhnlich, und immer ist das Thema dieser Besprechungen Klagen über das Benehmen der Konstabler, die ihr Ansehen und ihre Macht entsetzlich hoch anschlagen. Wird diesen Leuten nicht bald eine angemessene Instruktion erteilt, so werden wieder unruhige Auftritte folgen, über die man denn nichts destoweniger die Köpfe schütteln wird. Der Berliner Wig hat die nach dem Alphabet numerierten Konstabler bereits in vier Klassen eingetheilt: die mit A bezeichneten heißen Aufwiegler, mit B, Bummeler, mit C, Krakehler und mit D, Demokraten. So viel von der Beliebtheit der Konstabler. Außerdem befindet sich in jener Correspondenz noch die neue Nachricht, daß die Linke der sofortigen Verathung des Verfassungs-Entwurfs Hindernisse in den Weg zu legen suche. Da die Linke gerade das Gegentheil gethan und darauf gedrungen hat, daß der Entwurf wo möglich unmittelbar ins Plenum gebracht werde, so ergibt sich aus dieser einfachen Thatsache zur Genüge, was von jener Mittheilung zu halten sei. Sie ist eben so wenig wahr, wie die Neuigkeit, daß sich dieselbe Partei über die Weigerung Herrn Waldenaires, nach Berlin zu kommen, wundere. Sie hat dazu um um so weniger Ursache, als dessen Stellvertreter ebenfalls zur äußersten Linken gehört. Was den Verfassungs-Entwurf betrifft, so habe ich nur noch zu bemerken, daß in der heutigen Sitzung der Verfassungs-Kommission gerade alle diejenigen Mitglieder, welche zur Rechten gehören, sehr energisch darauf gedrungen haben, daß sich der Kommissionsbericht für die Ansicht aussprechen müsse, nach welcher die Verfassung nicht ohne die übrigen organischen Gesetze beraten und publiziert werden dürfe. Nicht die Mitglieder der Linken, sondern gerade die der Rechten sprechen die Vermuthung aus, daß das Ministerium, dem die Rechte eben so wenig wohl will als die Linke, die Verfassung wahrscheinlich bald nach Annahme der Verfassung aufzulösen gesonnen sein dürfe, ohne die organischen Gesetze (z. B. die Gemeindeordnung, Volkswehrgesetz u. s. w.) zur Erledigung bringen zu lassen. — Der Herr Minister des Innern ist gestern von sehr Vielen der Abgeordneten, welche mit ihm gemeinschaftlich die Gemeindeordnung beraten, sehr dringend angegangen worden, den betreffenden Entwurf doch ja bedeutend zu modifizieren und freisinnigere Grundsätze in ihm aufzunehmen, weil sonst keine Majorität zu erwarten sei. Nach den Äußerungen des Herrn Ministers wird nun wahrscheinlich mehr auf die Städteordnung von 1808 Rücksicht genommen und der Entwurf hoffentlich von Grund aus umgearbeitet werden, da der ziemlich allgemein unangenehme Eindruck, den derselbe gemacht hat, nicht abgeleugnet werden konnte. Zwar sollen die Herren v. Bredt (Landrath

aus den Rheinprovinzen) und Arnold (Gutsbesitzer aus Ostpreußen) den Entwurf mit großem Eifer verteidigt haben; aber der Herr Minister ist hier desto weniger zu der Ueberzeugung gelangt, daß die öffentliche Meinung in dieser Beziehung anders urtheilt. Wahrscheinlich wird nun in den größeren Gemeinden doch noch eine Trennung des Magistrats (Gemeindevorstand) und der Beordneten (Gemeinderath) eintreten, und der Gemeinderath auch nicht genöthigt sein, den Vorstand aus seiner Mitte zu wählen. Eben so wird die Zahl der Beordneten im Vorstande vermindert werden, da sich die Ueberzeugung geltend macht, daß es in den meisten Fällen an Einem genüge. Dagegen ist nicht zu hoffen, daß der Censur für die Wähler beseitigt werde. Alles, was erlangt werden konnte, geht auf eine größtmögliche Herabsetzung desselben hinaus.

Berlin, 27. Juli. [Konstabler.] Der gestrige Tag war für die Schugmannschaft, auch Konstabler, oder — da sie keinen Stab, sondern einen Säbel tragen — Constabler genannt, ein entscheidender. Wir übertreiben kaum, wenn wir sagen, daß vom frühen Morgen bis spät in die Nacht hinein zwischen diesen „Hütern der Ordnung“ und den Berlinern ein fortwährender Krieg geführt wurde, ein unblutiger zwar, aber doch ein so erbitterter, daß wir für die nächsten Tage auch in dieser Beziehung die ernstesten Besorgnisse hegen, wenn diese Leute nicht andere Instruktionen erhalten. Sie wissen, wie der Anblick eines Gensd'armen auf den Berliner wirkt; die Konstabler haben es innerhalb zweier Tage bereits so weit gebracht, daß man ihnen gegenüber offen und laut die Partei der „Grünköcke“ nimmt. Es ist auch kaum glaublich, mit welcher alles Recht und Gesetz, ja jedes Herkommen und jede Sitte verlegenden Brutalität diese „Schugmänner“ auftreten. Das Gensd'armenbewußtsein hat sich in ihnen so potenziert, daß sie selbst den ruhig dahinwandelnden Spaziergänger oder Geschäftsmann mit jenem Späherblick verfolgen, der für den freien Menschen so viel Beleidigendes enthält. Alle zwanzig Schritte ein Konstabler. Da kommt ein Gamin, und jodelt und juchzt seine innere Befriedigung in die Welt hinaus. „'s Maul halten!“ Ein Kräutlerweib trägt ächzend ihre volle Kracke zu Markte, sie geht auf dem Trottoir der Schattenseite. „Runter auf die Straße.“ Ein Berliner Gamin und ein Berliner Marktweib haben aber ihren Mund bekanntlich nicht, um ihn nicht zu gebrauchen, und auf diese Weise entpinnt sich dann ein Dialog, der nichts weniger als platonisch elegant ist, und auf den Gedankengang des Vorübergehenden sehr unangenehm einwirkt. Das sind aber nur die kleinen Leiden, die uns das Konstablerthum bereitet. Diese Herren werfen sich sogar zu Censoren der öffentlichen Unterhaltung auf. Ich gehe mit zwei Freunden unter den Linden; wir sprechen von dem „Bopspreuenthum“ und lassen dieses und jenes Schlagwort der Tagespolitik fallen. „Meine Herren, das paßt nicht.“ Es stehen drei Arbeiter zusammen, ich weiß nicht, wovon sie sich unterhalten. „Auseinander.“ Es ist, als lebten wir im Belagerungszustande. Sie kennen die sogenannten „Lindenklubs.“ Arbeiter, die den Tag über an der Klamme gestanden, benutzen den kühlen Abend, um sich hier erzählen zu lassen oder selbst zu erzählen, was sich Neues begeben. — Berlin war ruhig, die Männer der Ruhe haben es wieder zum Unmuth aufgerüttelt. Es scheint wirklich, als wenn sie nur zum Skandal angestellt wären. Diese kleinen Chikanen verlegen fast mehr, denn eine große Maßregel der Reaktion, und ein Schriftsteller äußerte ganz richtig, er wolle sich lieber einen Artikel vom Censor streichen lassen, als auf jedem Schritt und Tritt seine persönliche Freiheit durch brutale Konstabler gefährdet sehen.

Berlin, 28. Juli. [Herr M. Bakunin. Der 6. August. Verschiedenes.] Herr M. Bakunin, der von der R. Rh. Z. auf Grund von angeblich in den Händen der George Sand sich befindlichen Papieren verdächtigt worden war, im Solde des russischen Absolutismus zu stehen, hat dieser Tage von der berühmten Schriftstellerin ein Schreiben erhalten, worin sie zur Ehrenrettung des biederen und zu nichts weniger als zum Absolutismus sich hinneigenden Russen bezeugt, daß sie niemals Briefe in den Händen gehabt, welche auch nur einen Schatten auf den Charakter Bakunins werfen könnten. Wären ihr aber solche zugekommen, so würde sie dieselben sofort vernichtet haben, in der festen Ueberzeugung, daß sie nur Lügen und feige Verleumdungen enthielten. — Der 6te August wird hier mit ängstlicher Spannung erwartet, denn ein Jeder fühlt die Bedeutsamkeit der Entscheidung, die dieser Tag in seinem Schooße birgt. Wenn es seit dem März einzig und allein das Volk war, welches die Geschichte machte, so ist auch einmal wieder an die Dynastien und ihre Stützen die Reihe gekommen, zu beweisen, ob sie ernstlichen Willens sich der demokratischen Bewegung anschließen. Dynastische Rivalitäten könnten zu sehr tragischen Konflikten führen. Das Volk nimmt das lebhafteste Interesse an dieser Frage. Der „Lindenklub“, der ge-

stern — meist aus Opposition gegen die Konstabler — zahlreicher denn je besucht war, verhandelte hierüber mit mehr Einsicht und patriotischer Leidenschaft, als unsere geheimrätlichen Vereine: der patriotische und Preußen-Verein, denen der altpreussische Fop faustdick im Nacken sitzt. — Einem Abgeordneten für Breslau ist eine Petition um — Emancipation der Frauen zugekommen; — ein häßliches Thema für die vielen Solibateure der constituirenden Versammlung! — Trotz der sehr „demokratischen“ Physiognomie der Vereinbarungs-Versammlung sollen doch bereits Konflikte vorgekommen sein, die an diejenigen erinnern, durch welche Herr v. Vincke auf dem vereinigten Landtage sein ritzterliches Aik bis zur Zweifellostigkeit zu begründen wußte. Man hofft jedoch auch diese Differenzen zu vereinbaren — Der Student Monecke ist nach der Festung Stettin gebracht worden. Auf dem Hausvoigtei-Platz wie am Bahnhofe standen Abtheilungen der Bürgerwehr. Man hatte also einen Befreiungsversuch befürchtet. — Ruges Antrag auf einen allgemeinen Völkertag und die Motivierung desselben wurde, wie wir aus Frankfurt erfahren — durch den Stenographen der Times sofort englisch niedergeschrieben und per Estafette nach London geschickt. So sehr interessiert die Engländer die Idee der Entwaftung, weil dadurch die Wiederbelebung des zerstörten Verkehrs möglich werden würde. — Man bemerkt Mitglieder des „Denunciantenklubs“ öfter an der Seite der Konstabler, die sie in ihren Funktionen unterstützen. Par nobile fratrium!

Berlin, 28. Juli. [Tagesbericht des Correspondenz-Bureau's.] Die Konstabler scheinen während der kurzen Dauer ihres Bestehens schon die Antipathien auf sich gelenkt zu haben, welche das Volk früher so häufig gegen die Gendarmen kund gab. Die Auftritte von vorgestern wiederholten sich auch gestern Abend. Unter den Linden waren die üblichen Zusammenrottungen. Die Konstabler versuchten zwar diesmal nicht, die Massen, die sich übrigens ruhig verhielten, auseinander zu bringen, allein schon ihr bloßes Herantreten machte böses Blut. Zufällig war auch ein Fuhrmann Wolff, der wegen der Eitelkeit, mit der ihn seine Stellung als Offizier der Bürgerwehr erfüllt, oft zum Gegenstand des Gespötes, vorgestern aber wegen seines willkürlichen Verfahrens gegen Dr. Eichler Ziel des Volkshasses geworden war, unter die Massen gerathen. Dies trug zur Aufregung der letzteren nicht wenig bei, indes wußten ihn einzelne Besonnene doch gegen Mißhandlungen zu schützen. Dr. Eichler, der in der Nacht vom 26sten zum 27sten auf Veranlassung der Bürgerwehr, da er völlig unschuldig war, freigelassen wurde, soll im Laufe des gestrigen Tages von neuem verhaftet worden sein. Wie es heißt, sei dies wegen seiner bei dem Revolutionsfest in Merseburg gehaltenen Reden geschehen. — Auch gegen einige Theilnehmer an dem sog. demokratischen Konzert soll bereits eine Untersuchung im Werke sein. Einige Redner sollen ziemlich unbefangen von ihren republikanischen Sympathien und den Hoffnungen und Ansichten zur Einführung der Republik in Deutschland geredet haben. — Der Oberstlieutenant v. d. Lann, Führer des v. d. Lann'schen Freicorps in Schleswig, ist hier durch nach München gereist. Er wohnte der heutigen Sitzung der National-Versammlung bei und wurde Nachmittags von einer großen Anzahl junger Männer, die unter ihm für die Befreiung Schleswigs gekämpft haben, unter herzlicher Theilnahme vieler Anderer nach dem Bahnhofe geleitet. Ein junger Künstler, welcher der Freischaar gleichfalls angehört hatte, hat das Gefecht bei Altenhof gezeichnet und soll das ausgeführte Gemälde dem gefeierten Führer verehrt werden. — Gestern Abend sammelten sich einige Hundert Personen vor dem Hippischen Weinstokale in der Dorotheenstraße, um dem Abg. Grafen Reichenbach ein Hoch zu bringen. Derselbe befand sich mit den Deputirten Jung, d'Estier, Brill und Stiba in dem gedachten Lokale und sprach einige Worte, um die Versammelten zum Auseinandergehen zu bewegen. Durch eine heitere Anspielung auf die Macht der Konstabler gelang ihm dies auch in der That unter zahlreichen Lebehochs auf die „linke Seite.“ — Man erzählt, daß heute Morgen nach 11 Uhr eine Depesche des Reichsverwesers eingelaufen sei, worin die Verfüzung des Reichskriegsministers v. Peucker, in Betreff der Huldigung am 6. August, zurückgenommen wird. Faktisch ist, daß der Ministerpräsident und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr v. Auerwald, nach seiner Erklärung in der National-Versammlung, nach welcher er die Lösung der „häuslichen Frage“ in Betreff der Huldigung nicht für allzu schwierig hält, die Kammer plötzlich verließ und nicht wieder in derselben erschien. — Der Justiz-Kommissarius Furbach, welcher den Abg. Rühr wegen des aus dem Zeughause entnommenen Gewehres denuncirt hat, ist in einem Bezirks-Verein, dessen Vicepräsident er ist, wegen dieser Denunciation zur Verantwortung gezogen worden. — Das Kriminalgericht beabsichtigt (nach dem „Publici- (Fortsetzung in der Beilage.)

(Fortsetzung.)

ten“), bei Pressvergehen außer dem Verfasser auch den Drucker und Verleger in die Untersuchung zu verwickeln. Es geschieht dies auf Grund einer Bestimmung des Kriminalrechts, welche lautet: „Drucker und Verleger solcher Schandschriften werden, wenn selbige ohne Censur gedruckt worden, dem Verfasser gleich bestraft.“ Das Landrecht setzte hierbei offenbar eine strafbare Umgehung der Censur voraus. Die Frage ist zunächst angeregt durch die Untersuchung gegen den Porzellanmaler Hopf, welcher wegen zwei Flugblättern, die der Buchdrucker Reichardt gedruckt und verlegt hat, verhaftet ist.

[Aufhebung der Conduitenlisten. Die Regierung gegen die reaktionären Blätter.] Wir können nach glaubwürdiger Versicherung mittheilen, daß das Staatsministerium beschlossen hat, die Conduitenlisten über Civilbeamte gänzlich aufzuheben. Was die Conduitenlisten über Militärpersonen betrifft, so erleiden diese eine bedeutende Beschränkung und werden sich der Öffentlichkeit zu erfreuen haben. — Wir vernahmen, daß die Regierung auf die reaktionären Tendenzen einiger Blätter, namentlich aber der „Neuen preussischen Zeitung“ ihre Aufmerksamkeit gerichtet habe; denn dieses Blatt, das Organ der gestürzten Bürokratie und des Pietismus, hat offenkundig die Absicht, jeden guten Keim constitutionellen Staatslebens anzufeuern, jede lobenswerthe Maßregel unserer Regierung zu verdächtigen, jede freiere Regung der Politik in Deutschland zu hemmen. Wir hoffen, daß unsere Regierung, welche ernstlich gesonnen ist, auf dem constitutionellen Wege vorzuschreiten, den reaktionären Bestrebungen die gehörige Rechnung tragen wird, und zwar um so mehr, weil jede Reaktion auf der andern Seite Anarchie hervorruft. (Nat.-Z.)

* Posen, 27. Juli. [Auslieferung an Rußland. Verhaftungen.] Unsere in Nr. 163 enthaltene Mittheilung, die Gefangennahme von 7 aus dem Königreich Polen übergetretenen Personen in Kaliborn und deren Auslieferung an Rußland betreffend, erlitt in Nr. 167 eine angebliche Berichtigung durch den Major Vanselow, Kommandeur des 2. Bat. des 7. Inf.-Regiments, in welcher die erfolgte Auslieferung jener Gefangenen an Rußland bestritten wird. Da es bei den häufig erhobenen Beschuldigungen wichtig ist, zu ermitteln, ob überhaupt Auslieferungen an Rußland durch Preußen stattgefunden haben oder nicht, und uns jetzt wiederholt die Wahrheit der von uns berichteten Thatsache verbürgt wird, so erklären wir hiermit, daß uns die Mittheilung durch den früheren Redakteur des Tygodnik literarki, Woykowski hier, gemacht worden ist, der bereit sein wird, mehrere Zeugen dafür zu nennen, daß die Auslieferung jener 6 oder 7 Personen an Rußland wirklich stattgefunden hat. — Ueber den Zweck der Mission der beiden Kammergerichtsräthe Wendemann und v. Bülow ist man hier immer noch in Ungewissheit; es scheint jedoch als ob sie u. a. mit Prüfung der vom General Pful gezogenen Demarkationslinie beauftragt seien. — Auch hier im Orte kommen wieder Verhaftungen vor.

Krieg mit Dänemark.

*** Hamburg, 27. Juli. Der Würfel ist gefallen; der Krieg zwischen Dänemark und dem deutschen Reiche von Neuem ausgebrochen. Die ersten Feindseligkeiten sind von dänischer Seite verübt worden. Nicht nur durch Ausbringung mehrerer deutschen Kauffarthsschiffe, sondern auch durch Verletzung und Verlesung deutschen Gebiets. Zusehender hier angekommenen Eskadren sind die Dänen bei Schleimünde (in der Richtung zwischen Eckernförde, Schleswig und Rendsburg) gelandet. Auch im Hafen zu Eckernförde sind dänische Kriegsschiffe erschienen und haben auf die dort stationirten Militär-Posten mit Kartätschen gefeuert und einen in der Nähe stehenden Privatmann getödtet. Ferner haben sie den Kontroleur Michelsen bei Eckernförde weggeschleppt und zwei deutsche Fahnen mitgenommen. Ersteren haben sie zwar wieder freigelassen.

Ein höchst wichtiges Schreiben des Lord Palmerston in Erwiderung auf eine Anfrage der Lloyd-Arsenalan-Kompanie, den Waffenstillstand betreffend, veröffentlicht die „Berlingsche Zeitung“, ein ultra-dänisches Blatt, vom 26. Juli. Es lautet:

„Mein Herr! In Berücksichtigung Ihres Briefes vom heutigen Tage hat Lord Palmerston mich beauftragt, Sie davon zu unterrichten, daß der Entwurf zu einem Waffenstillstande, wie derselbe in Malmö zwis-

chen Dänemark und dem Bevollmächtigten des deutschen Bundes (1) zu Stande gekommen ist, von der preussischen Regierung angenommen und daß von dieser dem General Wrangel Befehl ertheilt ist, denselben zu genehmigen und vorläufig in volle Kraft treten zu lassen. (1) Es scheint ferner Grund vorhanden zu sein, daß diese Befehle, welche von der dem deutschen Bunde in dieser Angelegenheit repräsentirenden preussischen Regierung ergangen sind, von der Bundesversammlung in Frankfurt nicht werden desavouirt werden. (1) London, 12. Juli 1848. — (unterz.) Eddesbury, Sekretair des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.“

Auch Norwegen wird bald den Juden die lange verschlossen gehaltenen Pforten seines Landes öffnen. Das Konstitutions-Comité in Christiania hat sich mit 5 gegen 2 Stimmen für die Aufhebung des Verbotes, die Niederlassung der Juden in Norwegen betreffend, ausgesprochen.

Nachschrift. Es kourirt hier ein Gerücht, welches Reisende aus dem Norden mitgebracht haben, daß Wrangel bereits wieder die Königsau überschritten und in Jütland eingerückt sei, welches wir aber nicht verbürgen wollen.

Stockholm, 21. Juli. Am 17. Juli hat die schwedische Fregatte Desiré, die am 11. Morgens von Amager und der Rjoger Bucht südlich gegangen war, das Revalsche Geschwader der russischen Flotte gesehen, bestehend aus 1 Dreidecker mit der Contre-Admiral-Flagge, 6 anderen Linien Schiffen (mit zwei Contre- und einer Vice-Admiral-Flagge) und zwei Fregatten.

Die in Schonen, in Landskrona und Helsingborg liegenden Truppen sollen heute bei Malmö ein großes Feldmanöver machen, zu dem auch der König von Dänemark erwartet wird.

*** Breslau, 29. Juli. Ist die Gefahr „Preußen könnte in Deutschland untergehen“ begründet oder nicht? — Wir sprechen es hier gleich zu Anfang ganz unumwunden aus, daß wenn eine solche Gefahr wirklich vorhanden wäre, und man in der That damit umginge, die Würde Preußens herabzusetzen, wir mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften für das preussische Interesse in die Schranken treten müßten und würden. Preußen hat so bedeutende geschichtliche Erinnerungen, es hat sich mit einer so eminenten Thatkraft entwickelt und eine so feste und sichere Selbstständigkeit in dieser Entwicklung an den Tag gelegt, daß Europa und Deutschland seine Macht und Größe stets anzuerkennen gezwungen waren, und wir wollen es wahrlich nicht dahin kommen lassen, daß es je anders würde. — Die Eifersüchteleien einzelner kleinen Staaten werden das Ansehen Preußens nicht zu untergraben vermögen. Die Geschichte hat seine Thaten vergehnet, und die civilisirte Welt weiß, wie Preußen Cultur und Intelligenz gepflegt hat.

Ist nun die Gefahr vorhanden, daß diese Errungenschaften in der deutschen Einheit für Preußen verloren gehen? — Unmöglich. Es kann das Große nicht gebrochen werden, wenn es befruchtend auf seine Umgebung wirkt, und vereinzelt nur geht jede Macht zu Grunde! Wenn wir das Aufgehen Preußens in Deutschland wollen, so leben wir der Ueberzeugung, daß unser preussisches Vaterland erst dann in seiner ganzen würdevollen Größe zur Geltung kommen wird. Kein deutscher Staat kann sich mit Preußen messen, keiner sich ihm gleichstellen, und diese nicht zu bestreitende Superiorität Preußens giebt uns die sicherste Garantie für seine Anerkennung Seitens des übrigen Deutschlands. Mögen die andern Staaten immerhin mit Neid und Eifersucht auf die preussische Größe blicken; sie werden in dem vereinigten Deutschland sich immer an Preußen lehren müssen, und in seiner Stärke auch die eigenen zu erkennen genöthigt sein. Wenn nun Preußen mit edler Selbstverleugnung seine Kraft dem großen Ganzen hingebend weicht, wenn es seine Größe der des großen deutschen Vaterlands unterordnet, muß dies nicht ein unberechenbares Gewicht in die Schale Preußens legen, und seine Macht durch diese moralische Wirkung unendlich erhöhen? Wird der Gewinn hier nicht größer werden als das Opfer? Unbestreitbar. Preußen kann nie in Deutschland untergehen, weil es sein größter Staat, sein mächtigstes Bollwerk ist.

Aber Preußen kann außer Deutschland untergehen, und mit ihm Deutschland selbst. Ein Blick auf die Karte zeigt uns, wie ohnmächtig Preußen ist, wenn es von Deutschland isolirt dastehen sollte. Ein nicht arrondirter Staat, lückenhaft und zerfallen, ohne eigentliche Grenzen und mit einer langgedehnten Küste ohne Flotte ist es zu vielen Angriffen ausgesetzt, um nur nach einer Seite mit sicherem Erfolg auftreten zu können. Welche Zukunft wird Preu-

ßen nehmen müssen, wenn es der Geschichte belieben sollte, sich wie im Jahre 1806 zu wiederholen? Es wird sich Rußland anschließen müssen. Und was wird dem südlichen Deutschland ohne Preußen übrig bleiben? Es wird sich Frankreich in die Arme werfen. — Soll uns die Geschichte hier keine Lehrerin sein? Sollen wir der Welt noch einmal das schmachvolle Schauspiel geben, wie wir's im Anfange des Jahrhunderts gethan? Dann wahrlich verdienen wir unser Schicksal, und wären der Freiheit unwerth.

Brauchen wir ferner noch auf das materielle Wohl hinzuweisen, dessen Preußen sich nur dann im vollsten Umfange zu erfreuen können, wenn es einen Theil des vereinigten Deutschlands ausmachen wird? — Wenn unsere Grenzen erweitert, wenn die Bälle und Schlagbäume gefallen sein werden, wenn das große Deutschland seine Schiffe in alle Welttheile senden, wenn es mächtig im Innern und ehrfurchtgebietend nach Außen dastehen wird, dann auch wird der Wohlstand erblühen, und jede Thätigkeit, die kleine wie die große, ihre Belohnung finden.

Die Größe Frankreichs und Englands liegt in ihrer nationalen Einheit, in ihrem nationalen Bewußtsein. Kann Deutschland nicht dieselbe Größe erlangen? — Es kann mehr, es kann, im Herzen Europas gelegen, das Schicksal des Erdtheils von sich abhängig machen. Halten wir darum fest an dem Ausspruch unseres Königs „Preußen geht hinfort in Deutschland auf“, und bedenken wir, daß es ehrenvoller ist, in Gemeinschaft mit einem großen Ganzen groß, als in einer vereinzelt Selbstständigkeit klein zu wirken.

Deutschland.

Frankfurt, 25. Juli. [Nationalversammlung.] In der heutigen 47. Sitzung schritt der Präsident alsbald zur Tagesordnung: der Fortsetzung der Berathung über die polnische Frage. Die Sitzung dauerte über 6 Stunden an und doch hatten nicht mehr als neun Redner gesprochen. Für den Ausschussantrag und die Deutschen in Posen sprachen: Radowicz, Wartensleben, Kerst, Osterndorf und Lichnowsky; dagegen Schussekka, Janiczewsky, Clemens und Schmidt aus Schlesien. Die Zahl der noch aufzutretenden Redner soll sich durch neue Anmeldung noch bedeutend vermehren haben. Wiewohl nun morgen Vormittag die Berathung fortgesetzt wird, und also abermals zur Verweisung der Ausschüsse keine Sitzung ausfällt, so würde die ganze Woche darauf gehen, wenn nur ein Theil der eingeschriebenen Redner zum Worte gelangen sollte. Noch will ich bemerken, daß es sich heute wie gestern bei der Vorfrage herausstellte, daß Personen, welche als Träger des Ultramontanismus gelten, in dieser Angelegenheit auf die äußerste Linke neigen. Ich verfolge nun kurz den Gang der heutigen Debatte. Radowicz erklärt sich zuerst dagegen, daß die polnische Frage auf den konfessionellen Standpunkt gestellt worden. Die Unterstellung, daß ein Katholik durch die Aufnahme in den deutschen Bund, in seinem Glauben gefährdet werde, weist er zurück, bittet und beschwört aber die Versammlung in dem konfessionellen Streit den Handschuh, von welcher Seite er auch geworfen werden möge, nicht aufzunehmen. Der Redner schildert nun, was Preußen für Polen gethan, und wie sich die Dinge nach den Märztagen in Posen gestalteten und bemerkt unter andern, daß neben 800,000 Polen 5—600,000 Deutsche nicht gewußt hätten, was aus ihnen werden sollte. — Der Bundestag, die damalige kompetente Behörde, habe die Aufnahme des einen Theiles Posens in den deutschen Bund ausgesprochen. Auf die Ausschussanträge übergehend, bemerkt der Redner, daß er nicht begreifen könne, wie man gegen dieselben sein wolle, ohne auszusprechen, daß entweder das ganze Großherzogthum Posen deutsch oder polnisch werde, daß eine sei so unmöglich wie das andere, eben so die Ueberlassung einer halben Million Deutscher einem zukünftigen polnischen Reiche. Wenn man aber von einer vierten Theilung Polens gesprochen, so sei die Abreißung von 374 Quadratmeilen von Deutschland eine Theilung Deutschlands, und Gott bewahre uns, daß sich die früheren Theilungen Deutschlands jetzt wiederholen sollten. Frankreich erkenne Radowicz kein Recht zu, an Deutschland in Bezug auf Polen eine Anforderung zu stellen und sagt, Deutschland sei nicht kriegslustig, es werde aber jede Drohung zurückweisen, sie komme von einem Selbstherrscher oder von einer Republik. (Großer Beifall.) Nachdem der Redner noch die zweifelhafte Zukunft Polens angedeutet, schließt er mit dem Ausrufe: „Und einer solchen Zukunft gegenüber sollen wir eine halbe Million deutsche Brüder zum Opfer bringen? Nein, nimmermehr!“ — Schussekka, welcher schon im

*) Der geehrte Correspondent ist im Irrthum und hat die bezügliche Berichtigung wahrscheinlich zu oberflächlich gelesen; dieselbe befaßt nur, daß der dort bezeichnete Lieutenant nicht jene Leute an Rußland ausgeliefert habe. Ob eine Auslieferung stattgefunden oder nicht, läßt die Berichtigung noch in Zweifel.

Künzinger-Ausschuß eine warme Rede für die Wiederherstellung Polens gehalten, tritt auch heute für sie mit den Worten auf, sein Herz sei für Polen, er gebe gern sein Herzblut für dasselbe hin. Der Redner nimmt namentlich das Mitgefühl für das unglückliche Volk in Anspruch, sucht nachzuweisen wie unrecht ihm geschehe, und auch von Deutschland, das sich nach dem 30jährigen Kriege auch in einer Lage der Versunkenheit befunden. Der Redner kommt auf die Geschichte Polens, aus welcher er unter Anderem darzuthun sucht, daß Polen gegen Deutschland nicht so feindselig gewesen sei, als man behauptet habe. — Am Schlusse seines Vortrages stellt Schuselka den Antrag, die preussische Regierung solle aufgefordert werden, das Großherzogthum Posen zu organisiren, und sich später mit den Polen zu verständigen die von Deutschen bewohnten Bezirke an Deutschland abzutreten. — Wartensleben gedenkt zuerst seiner persönlichen Stellung zu der polnischen Frage und der Märztage d. J., wo das Unerhörte geschah, daß ein König sein siegreiches Heer aufgab, und sich mit den Freiheitsgedanken der Welt verband. (Rachen auf der Linken.) Er bespricht dann, was für die Reorganisation Posens geschehen, kommt auf die Territorial-Verhältnisse und die Abneigung der Polen, sich auf dem überwiesenen Gebiete zu organisiren, weist darauf hin, daß der betreffende Theil Posens bereits in den deutschen Bund aufgenommen, läßt der Sympathie für Polen Gerechtigkeit widerfahren und schließt mit den Worten: „Die Pflicht gegen das eigene Vaterland stehe über alles.“ — Eine glühende, von kluger Berechnung zeugende Rede hielt Janiczewsky. — Der Redner ist Pole, war Mitglied des polnischen Nationalausschusses und wurde in die deutsche Nationalversammlung gewählt, um gegen die deutschen Interessen zu sprechen. Seine Rede war hinreichend, aber es mußte das Gemüth des deutschen Patrioten tief verletzen, diese Rede in der Mitte einer deutschen Volksversammlung zu vernehmen, wenn gleich zugestanden werden muß, daß der Pole kluger Weise die Grenzen der Mäßigung einzuhalten wußte. — Der darauf gefolgte Redner Kerst ist auch posenscher Abgeordneter und sprach mit nicht weniger Wärme für das Schicksal deutscher Brüder in Posen. Er wies namentlich darauf hin, daß, wenn die überwiegende Einwohnerzahl in dem deutschen Theile Posens Polen seien, nicht elf deutsche und nur ein polnischer Abgeordneter gesendet worden wäre. Er schloß mit den Worten: „Ohne unsere Einwilligung werden Sie uns nicht von Deutschland entfernen, sondern wir werden wissen, was wir zu thun haben, was unsere Pflicht, unsere Ehre, der Name Deutschlands begehrt.“ — Clemens stellt nach einem längerem Vortrag den Antrag auf einstweilige Einverleibung des ganzen Großherzogthums Posens in Deutschland als selbstständigen Theil, will sofort neue Wahlen angeordnet haben u. s. w. Es sprachen nur noch Osterndorf für und Schmidt, letzterer außerordentlich gehetzt gegen den Ausschlußbericht. Lichnowsky war der letzte Redner, welcher durch das Feuer und die Lebendigkeit seines Vortrages elektrisirte und seinen gewohnten Standpunkt nicht verlassen hatte, wenn er auch behauptete, dies mal nicht mit seinen politischen Freunden zu gehen. Er stellte ein Amendement zu den Ausschlußanträgen. Die Sitzung wurde nach 3 Uhr geschlossen. Die Berathung wird morgen fortgesetzt. (Woff. 3.)

Frankfurt, 26. Juli. In der heutigen 48. Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung sprachen über die posensche Frage die Abgeordneten Ruge, Löw, Wiesner, Sängner, Thinner, Giskra und Beneden. Letzterer hatte um 1½ Uhr noch das Wort.

[Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbe-Congresses.] In der gestrigen zur Fortsetzung der Berathungen über die Grundzüge der deutschen Gewerbeordnung bestimmten Morgensitzung kam zuerst die Beschränkung der Gewerbe auf die Städte zur Verhandlung. Daß die Stadt-Handwerker unter dem konkurrirenden Einfluß der mit Kommunal- und andern Steuern weniger belasteten Landhandwerker sehr benachtheiligt würden, erlitt keinen Widerspruch; daß gegen diese Konkurrenz Schutz geboten werden müsse, auch darüber waren die Meinungen nicht getrennt; nur ward, und wohl mit Recht, auch dem schutzbedürftigen Handwerker auf dem Lande das Wort geredet, und erwähnt, daß er nicht Schuld an dem gesunkenen Zustande der Stadthandwerker, sondern selbst im gesunkenen Zustande sich befinde; die Herrschaft des Kapitals sei Schuld. Der durch einzelne Zusätze verbesserte Antrag des Ausschusses: „Auf dem Lande, in Dörfern und auf Höfen dürfen nur solche durch die Bezirksbedürfnisse erforderliche Handwerke und technische Gewerbe in einer durch jene bedingten Anzahl und mit billiger Rücksicht auf solche Gewerbe betrieben werden, deren Fabrikate in fernen Gegenden Absatz finden“ wurde angenommen. Es hatten sich 56 Redner über diesen Gegenstand einschreiben lassen. — In der Nachmittagsitzung ward nach einer langen, an interessanten Mittheilungen reichen Verhandlung über den Hausirhandel ein ebenfalls beschrän-

kender Beschluß in Bezug auf den erwähnten Gegenstand gefaßt, nachdem sich Alle dahin erklärt hatten, daß der Unfug mit dem Hausirhandel im Großen wie im Kleinen als einer jener vielen Gründe des gesunkenen Zustandes der handarbeitenden Klassen zu betrachten sei. Darnach wurde die Discussion über die Staatswerkstätten eröffnet. Nur ein Redner sprach denselben das Wort, von dem Gesichtspunkt der Reform des Staats ausgehend. Er sah nur dann Unheil in den Staatswerkstätten, wenn deren Erlös in die Taschen der Fürsten und einzelnen Privaten fließe, hält sie aber für sehr passend, wenn ihr Nutzen der Gesellschaft selbst zu Gute komme. Dagegen wurde besonders klar das Mißverhältniß hervorgehoben, in welches sich der Staat durch Strafwerks-Anstalten, Militärwerkstätten und andere Staats-Institute zum Handwerkerstand gebracht; der Conflict der Arbeit des ehrlichen, freien Mannes mit der Arbeit des unehrlichen und unfreien trat in dieser Verhandlung in seiner ganzen verhängnißvollen Bedeutung hervor; die Unmöglichkeit wurde nachgewiesen, daß der Handwerker die Konkurrenz der Staatswerkstätten nicht bestehen kann. Auch der demoralisirende Einfluß, den die Staatswerkstätten auf die Gesellschaft ausübten, wurde beleuchtet. Der Beschluß lautete demgemäß für Aufhebung aller Staatswerkstätten. (F. J.)

München, 21. Juli. [Wilderei und Steuerverweigerung.] Von dem immer gräßlicher überhand nehmenden Unwesen der Wilderei auf dem Lande erhalten wir täglich neue Beweise. Gestern und heute sind wieder nach verschiedenen Richtungen hin Truppenabtheilungen abgegangen, um diesem Treiben eines zügellos gewordenen Theils des Landvolks zu steuern. Nach einer andern öffentlichen Angabe liegen diesen Exkursionen durch das Militär noch andere Ursachen zu Grund, namentlich die in einer benachbarten Gemeinde vorgekommene Erscheinung der Steuerverweigerungen. (Schw. M.)

Heidelberg, 23. Juli. Heute traf die Nachricht hier ein, daß die hiesigen Studenten, nachdem sie gerade eine Woche in Neustadt an der Hardt verweilt, morgen wieder von dort hierher zurückkehren werden. Es geschieht Dieses, wie man hört, auf den Grund hin, daß alle demokratischen Vereine im Großherzogthum Baden aufgelöst werden. (Karlsr. Z.)

Darmstadt, 25. Juli. [Unruhen.] So eben läuft die Nachricht dahier ein, daß in der vorigen Nacht zu Zwingenberg Unruhen mit Brand ausgebrochen seien. Als veranlassende Ursache der nächtlichen Unruhe werden schwere Forststrafen angeführt, welche die Schuldigen ganz außer Fassung gebracht hätten. Die Bürgergarde des Städtchens, setzt man hinzu, habe gegen die Tumultuanten einen harten Stand gehabt und es habe bei dem Straßenkampfe, wenn auch keine Tödt, doch aber eine Anzahl Verwundete gegeben. (F. J.)

Oesterreich.

Wien, 28. Juli. Die gestr. Sitzung der Reichsversammlung gewährte für Auswärtige nichts von Interesse. Dagegen enthält die heutige Wiener Ztg. folgenden wichtigen amtlichen Artikel: „Der volkswirtschaftliche Ausschuß der konstituierenden deutschen National-Versammlung zu Frankfurt am Main hat den Beschluß gefaßt, noch dieser Versammlung selbst den Entwurf eines Gesetzes über die Herstellung der Zollvereinheit im deutschen Reiche vorzulegen. Nachdem der volkswirtschaftliche Ausschuß zur Lösung dieser Aufgabe der möglichst vollständigen Kenntniß der bestehenden Zollvereinigungen und ihrer Resultate zu den einzelnen deutschen Staaten und Zollvereinen und der Verhältnisse und Bedürfnisse der Industrie, des Handels und der Schifffahrt bedarf, und zu diesem Ende einerseits die Ansichten und Wünsche, die sich auf diese drei Faktoren beziehen, andererseits die Erfahrungen und Gutachten der Regierungen der dem deutschen Reiche angehörigen Staaten möglichst vollständig zu benützen wünscht, so hat derselbe mit Ermächtigung der National-Versammlung, gleichwie der Regierungen der einzelnen deutschen Staaten, so auch dem österreichischen Ministerium den Wunsch eröffnet, dasselbe möge diese Verhandlungen durch sachkundige Abgeordnete beschicken. — Das Ministerium für Ackerbau, Gewerbe und Handel hat diesem nach sogleich den Herrn Ministerialrath, Freiherrn Carl von Geringer, zu diesem Ende beauftragt, sich unverweilt nach Frankfurt zu verfügen und denselben zugleich mit einem Beirathe wohlverfahrener Kaufmänner und Industrieller sowohl von hier als aus den Provinzen umgeben. Diese Abgeordneten sind bereits nach dem Orte ihrer Bestimmung abgegangen, um dem volkswirtschaftlichen Ausschusse über das Handels-, Industrie- und Zollwesen des österreichischen Kaiserstaates an sich und im Verhältnisse zu dem des gesammten Deutschlands, so wie über dessen volks- und staatswirtschaftliche Zustände, alle jene Aufklärungen zu geben, welche erforderlich sind, um die vorkommenden Fragen zu beleuchten und eine befriedigende Lösung der gestellten Aufgabe anzubahnen und zu erleichtern. — Bei Betrachtung der eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs, so wie der große Umfang der vielseitig zu erörternden Frage, hat

das Ministerium für Ackerbau, Gewerbe und Handel unter Einem veranlaßt, zu gleicher Zeit auch eine Kommission hiesiger Sachverständiger sowohl als der Provinzen zusammenzusetzen, welche unter der unmittelbaren Leitung des Handelsministers die Erhebungen machen wird, die erforderlich sind, um die Bedingungen eines Einverständnisses zwischen Oesterreich und den übrigen Staaten des deutschen Reichs im Allgemeinen, und über die Zoll- und Tarifsfrage insbesondere, einer sorgfältigen, auf alle Verhältnisse ausgedehnten Berathung unterziehen und dem Reichstage befriedigende Vorarbeiten für seine Beschlüsse über unsere künftige Industrie- und Handels-Politik auch in dieser Richtung vorlegen zu können.

Wien, 28. Juli. [Erzherzog Rainer ist Stellvertreter des Kaisers. Aussicht auf einen Thronwechsel. Der Sicherheits-Ausschuß setzt die Todtenfeier durch. Abdankung des Kommandanten der Nationalgarde.] Die Siegesbotschaft aus Italien*), wo der Sardenkönig aus seinen berühmten Verschanzungen vertrieben gegen Mantua und Peschiera hin flüchtet, wurde sehr getrübt durch die vom Generalmajor Hannecort von Innsbruck überbrachte Kunde, daß der Kaiser vorerst nicht mehr hierher zu kommen gedenke, sondern an die Stelle des Erzherzogs Johann Erzherzog Rainer als Stellvertreter Sr. Maj. kommen wolle. Die Börse faßte diese Nachricht sogleich in ihrer ganzen Wichtigkeit auf und die Course sanken. Da der Erz-Vizekönig von dem lomb.-venet. Königreich dem großen Publikum hier gar nicht bekannt ist, die höheren Klassen in ihm aber den Miturheber des italienischen Krieges erblicken, so kann man sich leicht denken, wie diese Ernennung aufgenommen werden wird und was für Folgen sie möglicherweise haben könnte. Man glaubt, da die Verzögerung der Wiederkehr des Kaisers ein Werk einer Hofspartei sei, welche die in einigen Wochen eintretende Majorenntät des Sohnes der Erzherzogin Sophie, Franz Joseph, abwarten will, um bei einer vielleicht bevorstehenden Abdankung des Monarchen einen Thronwechsel herbeizuführen. — Das vom Sicherheitsausschuß beschlossene Fest zur Todtenfeier der im März Gefallenen hat zur Abdankung des Oberkommandanten der Nationalgarde geführt, das jetzt interimistisch der k. k. Major Streßleur, ein Offizier von gelehrter Bildung, übernommen hat. Da man in gewissen Regionen die Bedeutung des Hofes wohl erkannte und es um jeden Preis zu verhindern suchte, so wußte man es zu veranstalten, da 44 Kompagnien der Nationalgarde dagegen Protest einlegten, und verlangten, die Feier solle als Gedenkfest im März k. J. abgehalten werden. Nun sollte aber die beabsichtigte Todtenfeier durchaus kein Akt gemüthlicher Erinnerung sein, sondern eine politische That, wodurch der Reichstag die Revolution öffentlich anerkennt und sich feierlich auf den Rechtsboden der Volkssouveränität stellt. Darum wurde auch der jetzige Moment gewählt, wo der Reichstag mit der Verathung der Geschäftsordnung zu Ende kommt und das eigentliche Verfassungswerk in Angriff genommen werden soll, in diesem wichtigen Augenblick ist eine derartige Einleitung von welthistorischer Bedeutung und maßgebend für die gesammte Gesekarbeit der Reichsversammlung, die durch die offene Anerkennung der Revolution erst ein bestimmtes Ziel und eine entschieden demokratische Richtung erhält. Pannasch mußte dem Sicherheitsausschuß weichen, und die Todtenfeier fand heute um 8 Uhr Morgens am Glacis zwischen Burg- und Schottenthor statt, wobei der größte Theil der Nationalgarde paradierte und die üblichen Gewehrsalven gab, die Reichsversammlung in corpore, alle Minister und die höchsten Behörden wohnten der Feier bei, und nur eine Konferenz mit Jellachich verhinderte den Erzherzog Johann persönlich dabei zu erscheinen, der übrigens gegen die Einladungs-Deputation offen die Anerkennung der Revolution aussprach und die Feierlichkeit vollkommen billigte. Demnächst wird auch der Reichstag eine bedeutende Geldsumme zur Errichtung eines Denkmals für die Märzopfer votiren.

Wien, 28. Juli. Der Kriegsminister Latour verkündete gestern Abends in der Kammer die entschiedenen Siege**) des k. k. Heeres bei Verona. — Der Banus von Croatien, Baron Jellachich, der jetzt alle Sympathien seit Kossuth's letzter Rede für sich hat, hatte gestern zuerst seine Audienz beim Erzherzog Johann. — Der Oberkommandant der Nationalgarde, Oberst Pannasch, hat, wie wir längst anzeigten, gestern seine Entlassung genommen. — Heute fand das feierliche Todtenamt für die im März gefallenen Freiheitskämpfer statt. — Nach Berichten aus Innsbruck vom 25. war die Kaiserin Mutter zur Namensfeier der regierenden Kaiserin alldort eingetroffen. Es hieß wieder, die Abreise des Kaisers sei jetzt auf den 1. August festgesetzt. (S. oben.)

*) S. in der gestrigen Bresl. Ztg. den Artikel „Kriegsschauplatz.“

**) S. gestr. Zeitung und den folgenden Artikel „Kriegsschauplatz.“

Prag, 28. Juli. [Zustände der Stadt.]

Die Militärherrschaft hier wird in der That täglich unerträglich und wenn auch Leo Thuns Absetzung fast allgemeinen Jubel hervorrief, so wurde dieser augenblicklich wieder durch die schlechte Wahl des neuen Präsidenten erstickt. Windischgrätz gerirrt sich fast wie ein Souverain und das Ministerium bewies seine Schwäche erst unlängst auf dem Reichstage, wo es von den böhmischen Deputirten ernstlich in Betreff des Belagerungszustandes befragt, antwortete: es habe die Aufhebung desselben nie befohlen, sondern bloß lebhaft gewünscht. Was heißt das anders, als das bestätigen, was wir hier schon längst wissen, daß Windischgrätz erklärt habe, er nehme vom Ministerium keine Befehle an, bloß vom Kaiser. Noch sind alle Punkte militärisch besetzt und das Kavalerielager beim Zwalidenhause vor der Stadt besteht; das Militär scheint absichtlich einen neuen Konflikt zu suchen, denn Nachts insultiren Husaren und Grenadiere, welche betrunken umherschwärmen, Studenten und wollen sie arretiren, dies geschah auch mit mehreren Leuten, welche wieder die slavische Tracht angelegt hatten; ja ein Bürokrat Funk wollte sogar am Rostmarkte Studenten arretiren lassen, weil sie die ihre Fakultät bezeichnenden Mützen trugen. Die Untersuchungen auf dem Schlosse haben, wie ich Ihnen aus sicherer Quelle sagen kann, zu gar keinem Resultate geführt und nun fällt die ganze Schuld auf Thun und Windischgrätz, wenn selbe nicht etwa durch falsche Denuntiationen des sogenannten „jezt fast gebrandmarkten Sicherheitsvereins“ hintergangen und mißbraucht wurden. Das Kriminal will die ihm jezt zu übertragenden Schlußuntersuchungen nicht übernehmen. Thun hat sich nach Dresden zurückgezogen, so heißt es wenigstens, wenn er nicht vielleicht nach Innsbruck gegangen. Von gestern an werden die Privatwaffen wieder ausgefolgt, auch ist der Fürst nicht abgeneigt, den Bürgercorps und der Nationalgarde ihre Waffen summarisch durch den Magistrat zu übergeben. Dieser habe aber darauf zu sehen, daß nur gutgefinnte Waffen bekommen. — Gestern hielten die Studenten im Klementinum eine zahlreiche Versammlung, um einen Protest gegen die fortdauernde Studentenabführung zum Militär beim Ministerium einzulegen; da aber dasselbe während der Zeit, seit welcher der erste Aufruf dazu gedruckt war, selbst bereits einen solchen Erlass gegeben, so wurde der Protest dahin modifizirt, daß es den bereits assentirten Studenten freistehen solle, ob sie Militär bleiben oder zu ihren Studien zurückkehren wollten. Eine Deputation verfügte sich zum Direktorat, um durch dasselbe die Einreichung des Protestes an's Ministerium zu veranlassen. Um 1 Uhr kamen im Karolinum jene Studenten zusammen, welche in den Junitagen vom Militär gefangen genommen worden, um die Marter und Grausamkeiten, welche sie als wehrlose Gefangene vom Militär erdulden mußten, jezt durch die Presse zu veröffentlichen. Lebhaftes Bedauern erregte vor Allem ein junger Jurist, der ohne verwundet worden zu sein, von Schlägen und Kolbenstößen der Grenadiere im allgemeinen Krankenhause war und wohl lebenslang siech bleiben wird. — Unsere Silbergeldnoth wächst, man sieht fast keine Zwanziger, bloß Papier und wird lebhaft an die Zeiten der Assignaten und Banknoten erinnert; doch ist diese Noth eine künstliche, da Spezialanten alles Silber im Lande aufkaufen und über die Gränze bringen. — PS. So eben erfahre ich, daß bei Holleschowitz, eine Viertelstunde von Prag, ein Uebungslager abgehalten werden soll; wahrscheinlich zur Beschützung des Landtages, wenn er noch zusammen berufen wird.

Brodn, 23. Juli. Die hiesige Garnison fraternisirt auf befremdliche Weise mit dem in Radziwillow aufgestellten russischen Militär, was zu mancherlei blößen Anlaß giebt. (Oesterr. Z.)

* [Kriegsschauplatz.] Die neuesten Nachrichten aus Verona vom Montag den 24ten melden nichts als eine Reihe siegreicher Gefechte, welche Sonntags und Montags stattfanden, wobei aber auch unserer Seits nicht unbedeutende Verluste zu beklagen sind. Unsere tapferen Jäger und Kroaten waren stets die Ersten und alle Verschanzungen bis Castelnovo, allwo sich Montags das Hauptquartier des F.-M. Radeky befand, mußten mit Bajonetten erklümt werden. Die Piemontesen sind ganz entmuthigt und ein Theil der Flüchtigen hat sich nach Peschiera geworfen. Die Hauptmacht Karl Alberts zieht sich über Roverbella gegen das Cernirungscorps bei Mantua, um sich mit diesem zu vereinigen. Nach allen Nachrichten sind die gegen Peschiera flüchtigen Piemontesen ganz demoralisirt und werfen ihre Waffen weg. F.-M.-L. Welden war Dienstag noch in Padua.

Großbritannien.

London, 24. Juli. [Parlaments-Verhandlungen.] Das Oberhaus hat in seiner heutigen Sitzung die Bill, wodurch die Habeas-Corpus-Akte in Irland suspendirt wird, ganz in der Gestalt, wie sie im Unterhause durchgegangen war, nach dreimaliger Lesung einstimmig angenommen. — Die beiden Garde-Regimenter haben Befehl erhalten, sich jeden

Augenblick zum Abgang nach Irland bereit zu halten. Die Regierung ist im Stande, binnen 24 Stunden 15,000 Mann Verstärkungen nach Irland zu senden, wenn die Insurrection daselbst zum Ausbruch kommen sollte. Auch die Londoner Behörden haben seit ein paar Tagen Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Die Polizeiwachen und die Truppenpiquets sind verdoppelt worden.

[Der Magistrat in Liverpool.] Da sich in Liverpool Klubs in großer Anzahl gebildet haben, so hat der Magistrat sich zu energischen Vorsichtsmaßregeln veranlaßt gefunden und eine Menge von Spezial-Konstablern aufgeboden. In der Nähe der Stadt wird ein Lager zusammengezogen. Es ist bekannt, daß ein großer Theil der Arbeiter-Bevölkerung Liverpool aus Irländern besteht.

[Frische Zustände.] Nachrichten aus Dublin vom Sonntag Abend melden, daß es um diese Zeit dort ruhig war. Gegen Herrn Smith O'Brien war ein Verhaftsbefehl erlassen worden. — Andere Nachrichten besagen Folgendes: Die durch den elektrischen Telegraphen angelangte Nachricht von der Suspension der Habeas-Corpus-Akte hatte unter den Führern der revolutionären Bewegung eine wahre Betäubung erregt. Es ging das Gerücht, daß die Insurrection, deren Ausbruch auf den 8. August festgesetzt gewesen sei, bereits am 28. Juli ausbrechen werde. Meagher, der sich in Waterford aufhält, hat eine Proclamation erlassen, worin er auffordert, dem Befehl, die Waffen auszuliefern, keine Folge zu leisten. — Dohenny schweift noch immer in der Grafschaft Tipperary umher und fordert die Bewohner auf, auf das erste Signal zu den Waffen zu greifen. Richard O'Gorman thut dasselbe in der Grafschaft Limerick und Magée in der Grafschaft Dublin. Der katholische Bischof von Kerry und 30 Priester seiner Diocese haben sich der Repeal-Ligue, d. h. der revolutionären Bewegung angeschlossen. — Sonnabend ist Admiral Napier's Flotte, die vor Plymouth lag, nach Cork abgeseilt. — Aus Cork wird berichtet, daß daselbst am 22. Unruhen stattfanden. Die Truppen, die seit 3 Tagen auf den Beinen waren, waren durch den schwierigen Dienst beinahe gänzlich erschöpft. Die Proclamationen des Lordlieutenants wurden überall abgerissen. Eben so ging es in Waterford her.

Aus dem Berichte unseres Londoner Korrespondenten entnehmen wir, daß Lord Palmerston in der Unterhaus-Sitzung vom 25. Juli, auf eine Anfrage des Herrn d'Israeli über den Stand der Dinge in der deutsch-dänischen Frage (durch den neueren Verlauf der Sache nicht bestätigte) Antwort gab, er hoffe nach Mittheilungen aus Berlin, die ihm am 25ten Morgens zugegangen seien, daß die Schwierigkeiten, welche sich in Folge der Bezugnahme Wrangel's auf seine Stellung zum Reichsverweser dem Abschluß des Waffenstillstandes entgegenstellten, sich noch werden beseitigen lassen, und daß der Waffenstillstand zum Abschluß kommen werde. Aus Lord Palmerston's Erklärung ergibt sich übrigens, daß die von England ursprünglich vorgeschlagenen Waffenstillstands-Bedingungen zugleich die Basis des künftigen Friedensvertrages enthielten, und daß erst, als diese Bedingungen nicht genehmigt worden waren, in Malmö über die bekannte Bedingung verhandelt wurde, welche sich nur auf den Waffenstillstand bezog und von der Grundlage des künftigen Friedens abstrahirt. — Auf eine Anfrage des Herrn Urquhart über den Einmarsch der Russen in die Walachei erklärte Lord Palmerston, daß eine offizielle Nachricht darüber fehle, daß die Maßregel aber zu keiner Kollision führen werde, da es sich nur darum handle, ein Arrangement zwischen der souverainen Macht, der Türkei, und der Schutzmacht, Rußland, in Kraft zu setzen. (Börsenhalle.)

Frankreich.

Paris, 25. Juli. [National-Versammlung. Sitzung vom 25. Juli.] A. Marrast eröffnet um 2¹/₂ Uhr die Sitzung. Ein Brief des Generals Dubinot zeigt dessen Abreise zur Armee der Alpen an. — An der Tagesordnung ist das neue Gesetz über die Klubs. Für die allgemeine Discussion meldet sich kein Redner; man geht daher so gleich zu den einzelnen Artikeln über und die Art. 1 und 2 werden ohne Discussion angenommen; Art. 3, der Frauen und Minderjährige von dem Besuche der Klubs ausschließt, führt eine Discussion herbei. Level bemerkt, daß man von Niemandem seinen Tauschein verlangen könne, wenn er einen Club besuchen wolle, und Flocon verwundert sich, daß man in einer auf den Grundsatz der Freiheit und Gleichheit gegründeten Republik die Frauen den Unmündigen gleich stelle. Ein dritter Redner sagt: entweder die Klubs seien gefährlich oder sie seien es nicht. Seien sie gefährlich, so sollten weder Mündige noch Unmündige sie besuchen und im anderen Falle sei auch für die Unmündigen keine Gefahr. Bei der Abstimmung wird der Art. 3 unverändert angenommen. Art. 4, der die

*) Die Antwort des Ministers ist in beiden Angelegenheiten ohne besondere Wichtigkeit, da Lord Palmerston von den neuesten Ereignissen noch nicht unterrichtet zu sein scheint. Red.

Gegenwart eines Polizei-Kommissärs in den Sitzungen der Klubs anordnet, wird ebenfalls lebhaft bekämpft und Durrieu's Aeußerung, die Anwesenheit eines Kommissärs werde eher eine Provocation als eine Sicherung der Ordnung sein, zieht Diesem eine derbe Zurechtweisung von Seiten des Ministers Sénard zu. Endlich wird der Art. 4 angenommen. Art. 5, welcher ein genaues amtliches Protokoll für jede Club-Sitzung vorschreibt, wird nach einer unbedeutenden Discussion angenommen. Art. 6, worin jede Discussion die gegen die Geseze, die Sitten oder die öffentliche Ordnung anstößt, verboten wird, ruft eine längere Discussion hervor, in der verschiedene Fassungen dieses Artikels vorgeschlagen werden; endlich wird die Fassung Vivien's angenommen. (Postschluß.)

[Der Prozeß der Insurgenten.] Die Militär-Kommissionen haben gestern endlich mit der definitiven Erledigung der ihnen zugetheilten Prozeduren den Anfang machen können. Die dritte Kommission hat den Kommandanten Constantin und einen andern Offizier als seinen Mitschuldigen vor die Kriegsgerichte verwiesen, 27 Individuen zur Transportation verurtheilt und 3 in Freiheit gesetzt. Bei den andern Kommissionen war die Zahl der in Freiheit Gesezten beträchtlicher. Der Prozeß gegen die Mörder des Generals Bréa und seines Adjutanten Mangin wird in diesen Tagen beginnen und wahrscheinlich mit einigen Todesurtheilen enden. Man versichert, daß diese Todesurtheile die einzigen sein dürften, die wirklich vollstreckt würden. — Gestern Nacht haben zahlreiche Hausdurchsuchungen in allen Dörfern um Paris stattgefunden und 134 Insurgenten, die sich nach den Junitagen in die Bannmeile geflüchtet hatten, wurden, meist noch mit ihren Waffen versehen, bei dieser Razzia entdeckt und in das Gefängniß der Conciergerie gebracht.

Spanien.

Madrid, 30. Juli. Eine telegraphische Depesche aus La Granja meldet, daß alle auf die Schwangerschaft der Königin gegründeten Hoffnungen vernichtet seien. Es heißt, daß die Königin irgend eine Unvorsichtigkeit begangen und dadurch eine Fehlgeburt herbeigeführt habe. Ihre Gesundheit hat anscheinend nicht gelitten; dennoch sind Aerzte nach La Granja berufen worden.

Niederlande.

Haag, 24. Juli. [Die Niederlande machen dem Bundestage ein böses Gesicht.] Die Limburger Deputirten bei der Nationalversammlung in Frankfurt haben ihren Committenten angezeigt, daß das Loos Limburgs jezt unwiderruflich entschieden sei. Das offizielle Journal de la Haie bemerkt dazu: „Ist es so sicher, daß der Beschluß von Frankfurt definitiv über das Loos Limburgs entschieden hat? Es scheint uns, und wir begreifen nicht, wie die Deputirten dies vergessen konnten, daß noch Jemand anders dabei mitzusprechen hat!“ Man sieht, Holland wartet nicht lange, um seine Opposition anzukündigen.

Maßricht, 23. Juli. [Besorgniß vor Feindseligkeiten.] Se. Excellenz der Kommandant hiesiger Festung hat als Vorsichtsmaßregel und in Folge des außerordentlichen Zustandes, worin sich Limburg durch die Frankfurter Beschlüsse befindet, die Verstärkung der innern und äußern Wachen befohlen; bei einigen Wachen, zu denen nur Unteroffiziere kommandirt waren, befinden sich jezt Offiziere und es ist vorgeschrieben, daß die Offiziere du jour die Stadt nicht verlassen sollen.

Italien.

Rom, 17. Juli. Aus Briefen aus Bologna geht hervor, daß in den päpstlichen Legationen sich vielfältig der Wunsch ausspricht, sich lieber an Piemont anzuschließen, als dem Willen des Papstes nachzugeben und sich in den jetzigen Kriegsverhältnissen theilnahmslos zu verhalten. (N. K.)

Neapel, 14. Juli. Gestern früh traf ein englisches Dampfsboot mit der officiellen Nachricht hier ein, daß am 10. das Parlament in Palermo den Herzog von Genua zum König der Sicilien, als Alberto Amadeo I., proklamirt habe. Eine Salve von 101 Kanonenschüssen verkündete die Wahl; das dort liegende englische Fahrzeug hieß zuerst die neue sicilianische Flagge auf und begrüßte sie mit 21 Schüssen; ein gleiches that der französische Inscrible. Englands und Frankreichs Anerkennung ist also außer Zweifel. Im Schlosse beschließt man neue Anstrengungen, Rüstung von Soldaten und Schiffen. Die letzten von der Lombardei eingerückten Linientruppen nehmen alle die Richtung nach Reggio, wo ein großes Lager errichtet wird. Das Zwangsangehen wird mit erneutem Eifer eingetrieben, aber nur mit Protest eingezahlt. Die Regierung bekam jene Hiobepost in demselben Moment, wo von der Insel ganz unerwartet und insgeheim eine Deputation erschien, um von Seiten einer gewissen Partei neue Einigungsversuche anzubieten und zu deren Unterstützung durch drohende Rüstungen aufzufordern. (Schw. M.)

Amerika.

Boston, 12. Juli. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat durch Proclamation die Ratification des Friedens-Traktates mit Mexico verkündet. Zugleich wurde dem Congresse eine Botschaft mitgetheilt, welche die Bewilligung von 20 Millionen Dollars, als der durch den Traktat stipulierten Entschädigungssumme für Mexico und die Ernennung von Kommissarien zur Regulierung der Grenz- und Handels-Verhältnisse mit Mexico beantragt. Es wird in dieser Botschaft außerdem angezeigt, daß eine weitere Vermehrung des stehenden Heeres nicht stattfinden werde.

Lokales und Provinzielles.

* **Breslau, 29. Juli.** [Baarsendungen nach Wien.] Fast täglich gehen jetzt Sendungen von Barren (Silber) nach Wien von Hamburg aus. Es ist nicht bekannt, wer der Absender dieser bedeutenden Werthe sei, noch zu welchem Zwecke diese Transporte geschehen. Die Verpackung des Silbers ist übrigens nicht die gewöhnliche der englischen Bank in viereckigen Kisten, sondern es sind die Barren in runde Fäßchen verpackt. Hiernach gewinnt es den Anschein, als käme dies Geld aus einer andern Quelle. Diese Baarsendungen, welche den Eisenbahnweg nehmen, betragen übrigens immer volle Ladungen für Eisenbahnwagen.

* **Breslau, 29. Juli.** [Truppen-Einmarsch.] Heute zog das 2. Bataillon des 11. Infanterie-Regiments, welches im Großherzogthum Posen gegen die Insurgenten gekämpft, mit grünem Laub bekränzt, in unsere Stadt ein. Am Morgen war die Abtheilung des 23. Regiments bereits ausmarschirt.

* **Breslau, 29. Juli.** In der beendigten Woche sind (exklusive 3 todtgeborener Mädchen) von hiesigen Einwohnern gestorben: 38 männliche und 35 weibliche, überhaupt 73 Personen.

Am heutigen Vormittage gegen 12 Uhr entstand in dem Hause Nr. 33 in der Messergasse eine starke Explosion, und es ergab sich, daß durch Unachtsamkeit eines daselbst im obersten Stockwerk wohnenden Feuerwerks-Körper-Verfertiger Pulver sich entzündet und dadurch jene Explosion hervorgerufen habe. Durch schnelles Herbeieilen der Hausbewohner wurde eine weitere Gefahr bald beseitigt.

Vom 24. bis incl. 29. d. M. sind Seitens der hiesigen Stadtbaudeputation 76 Maurergesellen, 36 Zimmergesellen, 10 Steinbrücker und 708 Tagelöhner bei öffentlichen Bauten beschäftigt worden.

** **Breslau, 29. Juli.** [Denkschrift im Interesse der musikalischen und dramatischen Kunst.] Unter diesem Titel hat Herr Konstantin Köttlich ein Heftchen veröffentlicht, das wir aber Freunden der Kunst bestens empfehlen können. Um der Musik und der dramatischen Kunst in Deutschland eine nationale Organisation zu verschaffen, will Herr Köttlich Folgendes: 1) Allgemeine Vereinigung der berufenen Künstler der deutschen Musik und dramatischen Kunst. 2) Eine allgemeine Organisation in Betreff des materiellen Wesens der Kunst-Institute. Central-Verwaltung. 3) Die Künste als National-Interessen betrachtet, daher auch die Kunst-Institute nur im Interesse der Nation und nationalen Kunst, und nicht im Interesse einzelner Individuen verwaltet sein dürfen. — Herr K. hat das Schriftchen dem Ministerium eingereicht, möchte es dort die gehörige Berücksichtigung finden.

Theater.

Leider sehen wir uns wieder in die Nothwendigkeit versezt, über unsere Theater-Verwaltung einen Tadel aussprechen zu müssen, und dürfen es hier um so weniger unterlassen, als es sich um einen Punkt handelt, der, wenn er weiter um sich greift, zum größten Nachtheile des Publikums und des Theaters ausfallen müßte. Wir meinen nämlich die Aufnahme bereits abgespielter und allseitig bekannter Stücke. Unseres Erachtens darf eine solche Aufnahme nur stattfinden, wenn ein bedeutender Gast in dem Stücke aufzutreten wünscht, oder wenn sich überhaupt ein Verlangen darnach öffentlich kundgegeben hat. Als wir daher die Ankündigung von „Die Frau Professorin“ lasen, erwarteten wir mit Bestimmtheit, irgend einen Gast darin zu sehen. Der Theaterzettel belehrte uns eines Anderen. Er zeigte uns nicht nur keinen Gast an, sondern eine Besetzung, die gegen die früheren sehr bedeutend zurücksteht. Bei aller Anerkennung für den Fleiß und die Strebsamkeit von Fr. Uß und der Herren Pauli und Isard können wir ihnen doch in den, ihnen dieses Mal zugetheilten Rollen keine Partität einräumen, mit Herrn und Madame Heese und Herrn Wohlbrück, die jene Rollen früher gespielt haben. Wie ist sonach die Zumuthung an das Publikum zu begreifen, daß es

sich ein Stück mit einer Besetzung ansehe, die so sehr gegen die frühere im Nachtheil ist? — Oder konnte es etwa im Interesse der Verwaltung liegen, das Stück unter allen Umständen aufs Repertoire zu bringen? — Könnte sie auf einen zahlreichen Besuch hoffen? — Das leere Haus hat übrigens bewiesen, daß das Publikum kein Verlangen nach dem Stück hatte. — Wenn die Verwaltung hier nicht mit größerer Vorsicht zu Werke geht, so handelt sie gegen ihr eigenes Interesse, und wir, wahrlich, können nur wünschen, daß das Interesse des Theaters wie am besten gefördert werde. 1.

* **Legniz, 28. Juli.** [Feuer. Reform in der Verwaltung. Der demokratische Verein. Mit Gott für König und Vaterland.] Gestern Abend brannten auf der Jauernergasse drei Krüderbesetzungen mit allen Nebengebäuden nieder. — In diesen Tagen soll dem hiesigen Subaltern-Regierungs-Personale die Mittheilung gemacht worden sein, daß vielleicht mit Nächstem schon der Verwaltungskreis eine andere Gestaltung erhalten werde, wobei man auf eine merkliche Verminderung der Beamten gefaßt sein möge. Man glaubt, daß circa 30 Personen ihre einstweilige oder gänzliche Entlassung erhalten werden. Dies hat bei manchem Betheiligten eine sichtbare Mißstimmung hervorgerufen. Die Umwandlung der Forstangelegenheit soll den Anfang bei hiesiger Regierung machen. — Der hiesige demokratische Verein giebt dadurch ein erfreuliches Zeichen seiner Wirksamkeit, daß er sich 1) durch ein niedergeseztes Comité mit der Lösung sozialer Fragen beschäftigt, und 2) durch eigends ernannte Personen, je zwei für jeden Bezirk, milde Gaben für die nothleidenden Bewohner des Culengebietes sammeln läßt. — Künftigen Donnerstags, den 3. August wird sich hier im Saale der Ressource ein Zweigverein für den Veteranen-Hauptverein Schlesiens konstituieren. Es versteht sich von selbst unter dem Wahlspruche: „Mit Gott für König und Vaterland.“

Legniz, 29. Juli. Das hiesige Amtsblatt enthält folgende Ansprache: „An die Landbewohner Schlesiens. — Unter dem 13. Mai d. J. habe ich Euch aufgefordert, den Gutsbesitzern dasjenige zu entrichten, was sie nach den bestehenden Gesetzen von Euch zu fordern haben. Nichtsdestoweniger erwähnte ich, daß die Entrichtung der Grund-, Getreide- und anderen Abgaben an die Gutsbesitzer in vielen Ortschaften aus dem Grunde verweigert wird, weil die Pflichten sich zur Leistung solcher Abgaben nicht mehr für verbunden erachten. — Diese Voraussetzung ist irrig; denn die Verpflichtung zur Leistung der von Alters her bestehenden Abgaben und Dienste dauert nicht nur so lange fort, bis dieselbe durch ein im verfassungsmäßigen Wege erlassenes Gesetz aufgehoben sein wird, sondern wird auch durch das Erscheinen neuer Gesetze für die Vergangenheit nicht aufgehoben. Diese in Aussicht gestellten neuen Gesetze sind nun bisher noch nicht erschienen, wohl aber hat das königl. Ministerium der Nationalversammlung in Berlin nicht nur in einer unter dem 10. Juni verfaßten Denkschrift die Grundsätze über die definitive Lösung der gutherrlich bäuerlichen Verhältnisse auseinandergesezt, sondern auch unter dem 10. Juli einen Gesetzentwurf über die unentgeltliche Aufhebung verschiedener, an die Gutsbesitzer zu entrichtender Lasten und Abgaben zur Berathung vorgelegt. Eure Vertreter in Berlin sind, wie Ihr hieraus ersehet, mit Lösung der gutherrlich bäuerlichen Verhältnisse emsig beschäftigt, und Ihr dürft vertrauen, daß Eure Lage bald und nachhaltig erleichtert werden wird. — Bis dahin, daß dies im verfassungsmäßigen Wege durch Gesetz neuer Gesetze geschehen sein wird, erwarte ich, daß Ihr Euren Verpflichtungen gegen die Gutsbesitzer getreulich nachkommen und dadurch beweisen werdet, daß Ihr in der Achtung vor dem Gesetz Keinem nachsteht. — Sollte dies nicht geschehen, so werden die gesetzlichen Zwangsmittel gegen die Säumigen angeordnet werden. Breslau, den 20. Juli 1848. Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien. Pinder.“

Ferner wird in demselben Blatte bekannt gemacht, daß bei der Regierungen-Hauptkassa hieselbst zur freiwilligen Staatsanleihe bis zum 26. Juli überhaupt 60,830 Rthlr. eingezahlt worden und außerdem 736 Mark 10 Loth Silber und 12 Mark 6 Loth Gold eingegangen sind.

Mannigfaltiges.

— (Berlin.) Nach amtlichen Angaben sind in diesem Monate hier eingewandert 1727, mehr geboren als gestorben 435, fortgezogen 2569 Personen. Sonach Verminderung der Bevölkerung um 407. — Wie stimmt aber das mit der Angabe Einzelner überein, daß an 50,000 Personen Berlin verlassen haben? Entweder sind die amtlichen Angaben beispiellos unrichtig, oder die öffentlichen Stimmen lügen eben so. (Leipz. Z.)

— In Berlin beabsichtigen der Regierungsdirecteur Brundow und Architekt Tiz die Erbauung einer Nationalhalle, welche Berlin in politischer wie in geselliger Beziehung centralisiren, und deshalb gleichzeitig als Versammlungsort, Volkstheater, Circus zum Concert und Ballsaal eingerichtet werden soll. Das Lokal soll 10,000 Personen fassen; zur Ausführung werden 120,000 Thlr. nöthig erachtet.

— (Wien.) Am 27. Juli Vormittags um 11 Uhr fand auf der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn, zwischen Hüllein und Napajed, bei dem hereinfahrenden Lasten-Zug eine Explosion des Lokomotive-Ressels statt, welche leider die Verunglückung des auf der Maschine gewesenen Dienst-Personales (Führer, 2 Hei-

zer und Tenderwache), zur traurigen Folge hatte, das übrige Zugbegleitungs-Personal blieb unverletzt. (Wiener Z.)

— Ein englischer Marquis machte sich dieser Tage den Spaß, mit seinen Freunden auf der Eisenbahn in der vierten Klasse zu fahren. Die Eisenbahn-Beamten, hierüber verdrießlich, mietheten ein paar Schornsteinfeger und ließen sie, ganz mit Ruß bedeckt, zwischen der vornehmen Gesellschaft Platz nehmen. Bei der nächsten Station kaufte der Marquis Billette für die erste Klasse, gab sie den Schornsteinfegern und ließ sie Platz nehmen, um die Zeichnung auf den feinen Sitzkissen zu verschönern.

Handelsbericht.

Breslau, 29. Juli. Ueber das Getreide-Geschäft haben wir in dieser Woche nichts Besonderes zu berichten, der Umsatz war eigentlich nicht beträchtlich zu nennen, weil die Erndte einerseits unsere Landwirthe hinderte, Quantitäten zum Markte zu bringen, und andererseits unsere Speculanten nicht eher an den Markt treten wollten, bis sie ein genaueres Resultat über den Erndtertrag haben werden. Demzufolge haben auch unsere Preise namentlich vom Weizen bedeutend nachgelassen, und was gekauft wird, geht nur an Konsumenten über. Viele Fragen hingegen hatten wir für Rapps, der mit jedem Tage mehr gesucht und theurer bezahlt wird, glauben auch, daß wir ferner höher gehen werden, weil die Erndte nicht so ergiebig sein soll als man früher vermuthete.

Am heutigen Markte hatten wir folgende Preise: Weißer Weizen galt 49 bis 57 Sgr., gelber 48 bis 56 Sgr., Roggen 29 bis 34 1/2 Sgr., Gerste 23 bis 27 Sgr. und Hafer 16 bis 20 Sgr.

Rapps ist seit unserm letzten Berichte um 6 bis 7 Sgr. pro Scheffel höher gegangen, es wurde heute willig von 78 bis 81 Sgr., was zum Markte kam, genommen, und vom Boden sind im Laufe der Woche 50 Wispel à 63 1/2 Rthl., 40 Wispel à 65 Rthl. und 30 Wispel à 66 1/2 Rthl. gekauft worden. Winterrüben gelten 74 bis 75 Sgr., wovon aber nur kleine Posten zu Markte kommen. Sommerrüben ist in ganz kleinen Quantitäten von 52 bis 53 Sgr. verkauft worden, würde auch höhere Preise erweichen, wenn bedeutende Partien angeboten würden.

Spiritus hat seit vorige Woche einen bedeutenden Aufschwung erfahren, während derselbe damals mit 8 1/2 Brief notirt wurde, müssen wir heute von 9 1/2, was heute bezahlt wurde, sprechen. Die Erhöhung der Branntweinsteuer, als auch die Nachrichten aus vielen Gegenden über Kartoffelkrankheit haben auch auf dieses Produkt wesentlich gewirkt, daher auch zu erwarten steht, daß wir noch ferner damit steigen werden. Auf Lieferung für die spätern Monate, besonders aber für die Brennzeit, will jetzt Niemand etwas abgeben, während in voriger Woche bei Anbietungen keinenehmer da waren.

Der Begehr für Rüben ist nun auch lebhafter geworden, wozu natürlich die hohen Rapppreise beitragen, besondere Frage aber herrscht für Lieferung per September, Oktober, wofür man 10 1/2 — 10 3/4 bietet, ohne Abgeber zu finden, eben so gefragt sind Rappstüben, wofür heute 23 Sgr. bezahlt wurde und auf spätere Termine, besonders von September bis Ende März, wofür 27 1/2 Sgr. bleibt. Inhaber verlangen jedoch 1 Rthl. pro Zentner.

Zink ist in diesen Tagen für loco-Waare 4 1/2 Rthl. per 500 Zentner bezahlt worden, seit dieser Zeit ist es wieder stiller damit, und der Preis wäre heute nicht zu erröthen, als Gleiches wird 4 Rthl. verlangt, ohne daß Jemand darauf reflectiren würde.

Insertate.

An alle deutschen Buchdruckergehülfen!
Brüder! Collegen!

Auch in Hamburg ist der Würfel gefallen! Auch hier hat sich der Egoismus einer Anzahl Principale unserer gerechten Sache entgegengestellt. Schon am 8. Mai d. J. überreichten wir den Principalen Hamburg's, Altona's und der Umgegend unsere Forderungen und erhielten am 21sten desselben Monats eine Antwort, die in einem Tone abgefaßt war, welcher sämmtliche in Hamburg zusammengetretene Collegen mit dem gerechtesten und tiefsten Unwillen erfüllte. Wir verschoben indeß weitere Schritte, da bereits die Mainzer Versammlung ausgeschrieben war, bis zur Beendigung derselben und arbeiteten nach Empfang der Mainzer Beschlüsse einzelne Punkte unserer Forderungen diesen gemäß um und überreichten dieselben aufs Neue den Principalen. Doch wieder sind wir von 23 derselben abschlägig beschieden, während von Einigen derselben zustimmende Antworten eingingen, und von Mehreren bis jetzt ihren Gehülfen mündlich bestimmende Zusagen gemacht worden. Collegen! es wird daher auch hier zum Extrem geschritten werden müssen, und so fordern wir Euch, die Ihr jetzt zum Wandern gezwungen seid, auf, davon Notiz zu nehmen, und keine Conditionsbriefe oder sonstige Verschreibungen von hier aus zu berücksichtigen, wenn dieselben nicht von dem Vorsitzenden und Schriftführer des Hamburg-Altonaer Hauptvereins gegengezeichnet sind. Auch ersuchen wir alle andern Collegen, gegenwärtige Bekanntmachung möglichst zu verbreiten.

Hamburg, den 23. Juli 1848.
Das Comité des Hamburg-Altonaer Hauptvereins.
J. M. S. Möller, Vorsitzender.
H. Warneke, Schriftführer.

Konstitutioneller Zweigverein des Schweidnitzer-Anger-Bezirks.
Montag den 31. Juli, Abends 7 1/2 Uhr.
Wahl des Vorsitzenden für Monat August.

Bekanntmachung.

Bei den diesjährigen auf den 1. August d. J. beginnenden Schießübungen der königl. 6ten Artillerie-Brigade bei Carlowitz werden Zuschauer und andere dieser Gegend nahe kommenden Personen gegen unvorsichtige Annäherung an die Schußlinie hierdurch gewarnt und aufgefordert, den Anweisungen der angestellten Distanciers, so wie den der Polizei-Offizianten und Gensdarmen bei Vermeidung von Ordnungsstrafen unbedingt Folge zu leisten.

Breslau, den 27. Juli 1848.

Königl. Gouvernement. Königl. Polizei-Präsidium.

Beitrag zu den Prager Ereignissen. *)

Motto:

Fraget zurück, was euch zuerst entzweite,
Ihr wißt es nicht; ja fändet ihr's auch aus,
Ihr würdet euch des kind'schen Habers schämen.
Und dennoch —

— alle schweren Thaten, die bis jetzt geschah'n,
Sind nur des Argwohn's und der Rache Kinder.
— Kommt, entschließet euch,
Die Rechnung gegenseitig zu vertilgen, —
Der schönen Liebe sei das neue Leben,
Der Eintracht, der Versöhnung sei's geweiht!

Schiller.

Ich habe in jüngster Zeit einige Geschäftsreisen durch mein schönes Vaterland unternommen, auf denen ich den Rakonitzer, Berauner, Pilsener, Elbogener, Saazer, Leitmeritzer, Bunszlauer, Bidschower und Kaurzimer Kreis in verschiedenen Richtungen durchschnitt. Natürlich verweilte ich in vielen böhmischen und deutschen Ortschaften, und bin täglich — ein ruhiger Beobachter — Zeuge der verschiedensten Ansichten über die Juni-Ereignisse in Prag geworden. Darunter fand ich denn auch Stimmungen, die wahrlich keinem biedern Vaterlandsfreunde zur Ehre gereichen, welche aber offenbar nur durch lägenhafte, das Volk aufreizende Gerüchte hervorgerufen wurden. — Während ein Theil der Landbewohner in der blutigen Pfingstwoche das plammäßig herbeigeführte Ergebniss reactionärer Bestrebungen der Aristokratie erblickt, welche mit Hülfe der verrätherischen Solbateska dem Volke die errungene und vom Kaiser garantierte Freiheit gewaltsam rauben wollte, betrachten Andere diese blutigen Tage als gottgesandte Rettung vor einer Bartholomäusnacht, welche die fanatischen Czechen (wie hier und da sogar verlautet, im Bündnisse mit den Russen) ihren deutschen Brüdern bereiten wollten; Einige geben wieder den Verein für Ruhe und Ordnung in Prag, Andere die Person des Kommandirenden als die strafwürdigen Urheber dieser Katastrophe an. Was die beiden ersten Ansichten betrifft, so grassirten sie meines Wissens eine Zeit lang auch in Prag; der vernünftige Mann aber verwirft sie als baaren Unsinn; jene hat ihre Anhänger zumeist in einer fanatischen Klasse von Menschen, welche jede überspannte Idee, jedes übersprudelnde Loben für Freiheitsförm hält, hingegen den besonnenen Fortschritt, die ruhig wirkende konstitutionell schaffende Intelligenz als Pöpsthum und reactionäre Bestrebung verschreit, — und in der ungebildeten Schichte des Volkes, welche in dem Kriegsmanne nicht den Sohn des gemeinsamen Vaterlandes erkennt, und nicht zu wissen scheint, daß auch um ihn, wenn er blutet, ein böhmischer Vater eine böhmische Mutter weine! Diese verdanken wir böswilligen deutschen Correspondenten in auswärtige Zeitungen, welche sich keiner czechischen Familien- und Freundschaftsbande, keines Verwandtschafts- und Schwägerschaftsverhältnisses erfreuen, und daher nie in der Lage waren, in traulichen Kreisen den biedern Sinn und die Humanität der Czechen kennen zu lernen. Die falschen Gerüchte aber, welche den beiden letzten Ansichten zu Grunde liegen, waren für mich ganz neu und nach meinem Dafürhalten müssen auch sie jeden wahrheitsliebenden Böhmen empören. — Es hieß nämlich an einigen Orten: der prager Sicherheitsverein sei unmittelbar vor Beginn des Blutvergießens nach einer frühern, zu diesem Ende gehaltenen Berathung bei dem Kommandirenden, Fürsten Win-

bischgräs, gewesen, und habe denselben im Namen der Gesamtbürgerchaft Prags und aller Wohlgesinnten geradezu aufgefordert, mit strenger militär. Macht die aufwieglerische Partei und das Volk zu bekämpfen; der Verein habe ihn zugleich im Namen der ganzen Stadt für die schlimmen Folgen seiner Langmuth gegen die Rebellen verantwortlich erklärt, und sich ausgesprochen: „es müsse Blut angezapft werden, das könne nicht schaden.“ — Fürst Windischgräs habe, als er von Blut sprechen gehört, die große Versammlung sehr freundlich entlassen und unmittelbar darauf seien die Grenadiere im Generalkommando-Gebäude von ihm selbst ohne alle Ursache zum Schießen gegen das aus der Kirche gehende, nichts Arges wahnende Volk kommandirt worden. — An einem anderen Orte vernahm ich: Fürst Windischgräs habe eine Deputation von einigen hundert prager Bürgern (demselben Sicherheitsvereine), welche ihn auf die freundlichste Weise baten, der Bürgerwohlfaht ein Opfer zu bringen, und Prag zu verlassen, sehr strenge und mißliebig empfangen, und ihnen vornehm die Thüre gewiesen, — als diese zahlreiche Deputation im Hofe des Generalkommandogebäudes angelangt, deshalb den Fürsten laut einen stolzen Aristokraten nannte, haben die im Hofraume aufgestellten Grenadiere wuthentbrannt, mitten unter sie hinein geschossen, und dies sei der unmittelbare Anfang und die Veranlassung der Schreckenstage gewesen. — Solche offenbar von der Hauptstadt aus verbreitete böswillige Gerüchte, welche keineswegs geeignet sind, die fieberhafte Aufregung im Lande zu dämpfen, soll Jeder zu berichtigen und niederzuschlagen trachten, weil sie ein verderbenbringendes Mißtrauen des Volkes gegen das Volk, der Bürger gegen das Militär heraufbeschwören und die allgemeine Verständigung und brüderliche Versöhnung mehr hindern, als Bombenschüsse und Belagerungszustand. Deshalb drängt es mich, die dem blutigen Kampfe vorhergehenden Thatfachen, so weit sie den prager Sicherheitsverein und die Person des Fürsten Windischgräs betreffen, in allen ihren Hauptzügen ohne Hinweglassung und Zusatz der strengen Wahrheit gemäß um so mehr zu veröffentlichen, als in dem einschlagenden Aufsatze der prager Zeitung Nr. 17, dieser Umstände mit keinem Worte Erwähnung geschieht. — Wer blos Fakta ohne Leidenschaft und Parteilichkeit erzählt, hat Niemandem hiefür einzustehen; aus den nackten Begebenheiten mag dann Jeder seine beliebigen Schlüsse ziehen. — Der Verein für öffentliche Ruhe und Ordnung in Prag, dessen Hauptzweck darin bestand, den furchtsamen, eingeschüchterten und unthätigen Behörden Muth und Selbstständigkeit zu verleihen, hielt am Pfingstmontage um 10 Uhr Vormittags in der ständischen Reitschule eine Versammlung, etwa 300 an der Zahl, welche schon mehrere Tage vorher, zu einer Zeit, wo noch Niemand an die Studentenpetition vom 11. und an die Slawenmesse vom 12. Juni dachte, durch öffentliche Maueranschläge angesagt worden war, um einen definitiven Ausschuß von circa 50 Personen an die Stelle der früheren provisorischen 12 Ausschußmänner zu wählen. Eine Abtheilung Militärgrenadiere waren im Hofraume aufgestellt, um den Verein vor Ueberfall zu schützen. Nachdem die Stimmzettel für die definitiven Ausschußmänner abgegeben waren, besprach die Versammlung die bedenklichen Vorfälle der letzten Zeit und wies auf den anarchischen Zustand, welcher sich in der schönen Hauptstadt Böhmens so auffallend kund gebe, und auf die Muthlosigkeit der Behörden hin, welche durch stete Nachgiebigkeit gegen die wachsende

Herrschaft des Proletariats und die unheilbringende Arroganz einzelner Parteigänger das Uebel zumeist selbst verschulden. Es wurde einhellig beschlossen, eine Deputation (zu welcher 5 Individuen erwählt wurden) an das Landespräsidium zu senden, um demselben mit Hinweisung auf die bedeutende Mehrzahl gutgesinnter Bürger, welche die großen Errungenschaften des 15. März und 15. Mai auf legalem, konstitutionellem Wege ungestört durch den Landtag bald ins Leben treten sehen wollen, Zuversicht im Handeln und Selbstvertrauen zu geben. Nur darüber wurde debattirt, ob die Deputation unmittelbar mit dem Regierungs-Präsidenten verkehren, oder sich des Stadtverordneten-Collegiums als Organ bedienen solle. Der Stadtvorstand, hieß es, dürfte als zunächst vorgesezte Behörde nicht umgangen werden, und so beschloß man, daß die Deputirten früher in gleicher Absicht zu den Stadtverordneten, und von diesen erst zum Landespräsidium sich verfügen. Hierauf wurde eines besondern Falles in der Versammlung gedacht, welcher beweisen sollte, wie nahe Böhmens Hauptstadt daran sei, der Anarchie, dem Despotismus einzelner Parteien, vor denen die Behörden muthlos erbeben, und dem Communismus anheim zu fallen. — Es wurde nämlich der Versammlung öffentlich bekannt gegeben, wie am gestrigen Tage (11ten) ein Kattundruck-Fabrikbesitzer ganz ruhig nach Hause ging, bei seiner Wohnung angekommen, von circa 40 seiner Arbeiter (Kattundrucker) überfallen und ihm die Auszahlung des Arbeitslohnes für die verflossene Woche mit drohender Miene abgefordert wurde. Ueber seine Vorstellung, daß er diesen Lohn durch vier Wochen umsonst ausgezahlt, daß sie vertragsmäßig schon die dritte Woche keinen Anspruch mehr zu stellen hatten, und daß es nur ihre Schuld sei, wenn sie sich so lange Zeit, durch welche man ihnen ohne alle Arbeitsleistung den vollen Lohn ausbezahlt, um keine andere Arbeit umgesehen, schlepten sie ihren Fabriksherrn gewaltsam zu einer Mauer, in welcher ein großer Nagel sich befand, und drohten, ihn an diesen Nagel aufzuhängen, wenn er sie nicht augenblicklich befriedige. Auf die Versicherung des todtgeängstigten Mannes, er habe kein Geld bei sich, werde selbes aber sogleich bringen, forderten sie ihm das Ehrenwort unter Androhung des Todes ab, daß er das Geld gewiß bringe und nicht etwa aus ihrer Gewalt befreit, sich Mithilfe gegen sie verschaffe, — er würde ihrer Rache dann sicher nicht entgehen. Der Fabriksherr brachte das Geld, zahlte den Arbeitern einen bedeutenden Betrag aus und diese entfernten sich; — doch schon in einigen Minuten drang ein Haufe von Kattundruckern einer ganz fremden Fabrik auf ihn ein, sie drohten, auf den Nagel in der Mauer weisend, ihm eben auch den Tod des Stranges, und er zahlte eine ähnliche Summe auch an diese. — Die Verkündigung dieses Falles erfüllte die Versammlung mit Entsetzen, und es wurde allen Anwesenden klar, daß die Furchtsamkeit und Laugigkeit der eingeschüchterten Behörden zumeist den anarchischen Zustand herauf beschworen habe. — Mittlerweile hatten sich mehrere Grenadiere zutraulich in das Lokal der Versammlung gezogen und nahmen als stumme Zuhörer Theil an den Reden derselben. — Dies mochte Veranlassung zu einer neuen Debatte gegeben haben, welche sich darüber erhob, ob man die dem Vereine mit aufmerksamer Bereitwilligkeit zugewiesene Wache beibehalten, oder ob man dem anführenden Offiziere das Abziehen der Mannschaft freistellen solle. Obgleich Viele für die Entfernung der Militärwache stimmten, indem sie zu der Vermuthung Veranlassung gebe, als fürchte sich der Verein, entschied man doch mit eminenter Mehrheit für das Bleiben derselben; Furcht, hieß es, kenne gewiß kein Vereinsmitglied, aber da man es in jüngster Zeit erlebte, daß Versammlungen und namentlich auch die des Vereines gewaltsam gestört und auseinander gesprengt wurden, so sei die Wache nicht überflüssig, — sie stelle sich für die Versammlung als Ehrenwache dar und gereiche vielmehr nur Jenen zur Schande, deren ruhestörendes Beginnen diese Maßregel nothwendig mache, — das Beibehalten der Wache liefere übrigens auch einen Beweis der brüderlichen Eintracht der Bürgerschaft mit dem Militär. — Endlich kam die Rede auf den Fürsten Windischgräs; die ganze Versammlung stimmte darin überein, daß Prag in seinem gegenwärtigen Zustande eines solchen Mannes dringend benötige; er sei, hieß es, der Ritter ohne Furcht und Tadel, welcher allein der despotischen Gewalt volksaufwiegelnder Parteigänger die Spitze bieten und vielleicht das ganze Königreich Böhmen vor Umsturz bewahren könne. Er, der so viel Unbilden und Schmähungen in letzter Zeit ertragen mußte, ohne die Geduld und den Muth zu verlieren, er bedürfe wahrlich auch der augenscheinlichen Versicherung, daß Tausende ihn hochverehren, und daß es nicht die Besten seien, von denen er so hart angefeindet werde. Diese

*) Jedenfalls dürfte es für Viele, welche die Bresl. Ztg. lesen, interessant sein, über die Vorfälle in Prag von einem ganz unparteiischen Augenzeugen einen Bericht entgegen zu nehmen.

**) Diese meine innerste Ueberzeugung habe ich auch gegen jene muthig vertheidigt, welche den Slawen, also auch den Czechen deshalb edle Humanität absprechen wollen, weil die Mitglieder des Slawenkongresses, also die Elite der slawischen Nationen den Gassenhauer „Suselke nám pisse“ auf der Sophieninsel einstimmig und wiederholt absangen, denn nirgends ist sichergestellt, ob sich unsere czechischen Goryphäen an diesem Gesänge betheiligten, — ob nicht vielmehr die Masse des anwesenden niederen Volkes allein auch damals dieses Unheil bringende Lied gesungen, und endlich — repräsentiren wohl die in Prag gewesenen Mitglieder des Slawenkongresses die slawischen Nationen? und namentlich die czechische Nation?

*) Ich reihte mich diesem Vereine gleich anfänglich ein, bin jedoch schon nach einigen Tagen wieder aus ihm getreten, weil ich mir von ihm nicht jene Wirkungen versprochen zu können glaubte, welche er zu erzielen sich so löblich vorgesetzt hatte; — denn einmal trat er schon viel zu spät ins Leben, zu einer Zeit, als bereits andere Klubs eine fast terroristische Gewalt auf die Behörden und die prager Einwohnerschaft ausübten, und selbst da noch fehlte es ihm an allem energischen Leben, — dann sah ich den von mir in der Vereinsfassung am 31. Mai ausgesprochenen Grundfatz, (Bohemia Nr. 88), daß Männer einer bekannt pöpsthumlichen Gesinnung vom Vereine streng ausgeschlossen bleiben, sehr häufig verletzt, indem ich viele Vereinsmitglieder kennen lernte, welche immer noch mit dem alten Systeme liebäugeln, — endlich bewog mich insbesondere der Umstand zum Austritte, weil sich die czechische Nation nur spärlich, und namentlich die Swornost, deren Mitglieder sich eines so großen und beneidenswerthen Einflusses auf die untern Volksklassen erfreuten, und im Besitze ihres unbedingten Vertrauens so oft Gelegenheit hatten, durch brüderliche Worte unendlich viel Gutes für das Gedeihen der konstitutionellen Freiheit, für die Ruhe der Stadt und das Ansehen der Behörden zu wirken, diesem Vereine durchaus nicht angeschlossen, obgleich sie nebst dem allgemein ergangenen Aufrufe durch eine spezielle Einladung hierzu aufgefordert worden waren. (Vergleiche die bezügliche Stelle des schönen, gebiengen Aufsatze: „Unsere politische Lehrlingszeit“ Bohem. Nr. 99, 100, 101).

Neben fanden in der Versammlung enthusiastischen Beifall; den Grenadiere glänzte die lauteste Freude aus den Augen und man hörte sie zu einander sprechen: Seht Kameraden, wie auch diese ihn lieb haben. — Es wurde einmütig beschlossen, sogleich eine Deputation an den Fürsten abzusenden, welche ihn der guten Gesinnung der Mehrzahl der Prager Einwohnerschaft, und des freundschaftlichen Einverständnisses derselben mit dem k. k. Militär versichern, ihm im Namen des Vereines, welchem gemäß des mit der Prager Zeitung in Druck erschienenen Namensverzeichnisses nicht bloß sehr viele Bürger, sondern auch Mitglieder vieler anderer Einwohnerklassen angehören, für sein bisher bewiesenes Streben zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe Dank sagen, und ihn um seinen weitem Schutz in dieser bedrängten Zeit angehen solle. — Anfangs wurden die 5 bereits erwählten Deputirten für diese Mission bestimmt, dann aber kam man überein, daß die ganze noch anwesende Versammlung in corpore (mehrere Mitglieder hatten sich wegen Zeitversäumnis bereits gleich nach Abgabe der Stimmzettel entfernt) zu dem Fürsten sich begeben; — die Bemerkung einiger nämlich, man müsse alles Aufsehen, welches mit einer massenhaften Bewegung auf offener Straße verbunden und in gegenwärtiger Zeit sehr gefährlich sei, vermeiden, wich der offen ausgesprochenen Ansicht der Mehrzahl, welche dahin ging, daß ja eben die Ruhestörer nur durch ihr massenhaftes Auftreten eine so große Macht erlangten, welcher man sich, um sie zu brechen, auch als imponirende Körperschaft entgegen stellen müsse, — übrigens liege in einem geräuschlosen Aufzuge unbewaffneter Stadtbekannter Personen durchaus nichts Ruhestörendes. — Noch machte Jemand aus der Versammlung den Vorschlag, man möge den Kommandirenden angeben, von allen militärischen Maßregeln und Schritten, welche er für die Zukunft zu unternehmen gedenke, jedesmal früher das Stadtverordneten-Kollegium in genaue Kenntniß zu setzen, und dessen Meinung einzuholen. — Dieser Vorschlag scheiterte an den Stimmen der Mehrzahl, welche erklärte, daß der von dem Kaiser berufene Militärbefehlshaber seine Rechte und Pflichten ohnehin kennen müsse, und wissen werde, was er in einzelnen Fällen zu thun habe. — Die Versammlung, welcher sich während des Tages noch andere Einwohner Prags angeschlossen, ging gegen 1/2 12 Uhr zum Fürsten Windischgrätz in das Generalkommandogebäude ab, und stellte sich in dem Empfangssaale im weiten dichten Kreise auf. — Fürst Windischgrätz erschien in einigen Sekunden mit lauten nicht enden wollenden Vivatrufen empfangen, Thränen im Auge in der Versammlung, drückte den Nächststehenden herzlich die Hand, und als sich der Jubelsturm gelegt, sprach er mit erstickter Stimme zu der lautlosen Menge: „Meine Herren! Ich danke Ihnen herzlich für ihren heutigen Besuch; — für die vielen bitteren Stunden, welche ich in Prag bisher verlebte, ist dies der erste wohlthunende Augenblick, den Sie, meine Herren! mir bereiten. Ihr Erscheinen ist mir eine wahre Wohltthat, und ich will Ihren Besuch gerne als reichliche Entschädigung für die vielen kummervollen Stunden meines Hierseins betrachten.“ — Die Versammlung brachte neue Vivatrufe aus und Vielen standen Thränen in den Augen. Ein Redner erwiderte: Wohl sei er (Windischgrätz) der Mann, welcher ungerecht verkannt, in der That nur Achtung verdiene, und es müsse schmerzlich berühren, daß er, ein Ritter ohne Furcht und Tadel von Sr. Majestät in diese Stadt berufen, wo sein Name von so Vielen beschimpft werde, während Feldherr Radetzky Ruhm und Ehre am Schlachtfelde erntet. Fürst Windischgrätz hierauf: Er sei von seinem Kaiser auf diesen wichtigen Posten gestellt, und den werde er in einer so stürmischen Zeit nicht verlassen, — es sei ihm der Tod von vielen Seiten geschworen, man habe ihm hinterbracht, er solle erschossen werden (Entsetzen war bei diesen Worten auf allen Gesichtern zu lesen), doch durch solche Drohungen werde er sich nie von seiner heiligen Pflicht gegen Se. Majestät, das Vaterland und die gute Sache abwendig machen lassen. Er fuhr fort: „Und weil ich sehe, meine Herren, daß ich eine so ehrenwerthe Gesellschaft vor mir habe, so stehe ich nicht an, vor Ihnen auch mein Glaubensbekenntnis abzulegen. — Meine Herren! Der Kaiser hat uns die Konstitution, die Freiheit geschenkt, und glauben Sie mir, der Kaiser und seine Räte beabsichtigen gewiß nicht, sie uns wieder zu entziehen; das Wort des Kaisers ist allen seinen Dienern heilig! Mit dem Manifeste, worin Se. Majestät seinen Völkern das kaiserliche Wort giebt, alle Errungenschaften heilig zu halten, könne es nur Aufwieglern in den Sinn kommen, an eine Reaktion zu denken; doch auch

die Freiheit habe ihre Grenzen, und Ordnung sei gegenwärtig um jeden Preis zu erhalten; denn, wenn jene Grenzen überschritten werden, sei Anarchie vorhanden, — und was folgt dann? Die schrecklichste Despotie! Er sei übrigens gerüstet, die Ordnung zu erhalten; er habe den Willen dazu, die Mittel dazu, und der ehrenhaften Versammlung gegenüber könne er es unumwunden gestehen, daß er bereits Anstalten getroffen, neue Truppen um das Invalidenhaus zusammen zu ziehen.“ — Hierauf Einer der Versammlung: „Man wisse recht wohl, daß das Militär es mit den biedern Bürgern und der sämtlichen gutgesinnten Einwohnerschaft halte, daß es nur gegen Unruhestifter und Ruhestörer erbittert sei; die Studirenden müsse man nur bedauern, sie seien wahrscheinlich ein verführtes blindes Werkzeug fremder Pläne und wären, als sie in ihre Heimath freiwillig zurückkehren wollten, gewiß zu nichts Gutem zurückgehalten worden, — Ruhestörer seien ihre Aufwieglern, Proletarier ihre Bundesgenossen.“ — Windischgrätz schloß mit der Bemerkung: es sei sein sehnlichster Wunsch, die revolutionäre Partei ohne Blutvergießen zurückzuschlagen; Blutvergießen werde er, so lange als nur immer möglich, zu vermeiden suchen. — Hierauf Einer aus der Versammlung: Und wenn diese traurige Folge eintreten muß, so sei das Blut der Empörer kein edles Blut, um solches Blut sei es nicht schade. — Einer der Versammlung händigte dem Kommandirenden eine gedruckte Liste der ihrem Vereine bisher beigetretenen Mitglieder ein, und schied endlich unter abermaligen Vivats, auf das Freundlichste von ihm entlassen; — als im Hofraume neue Vivatrufe ertönten, kam er nochmals entblößten Hauptes unter die Harrenden und wiederholte mehreren neu Versammelten in Kürze seine oben gehaltenen Reden. Die Versammlung drückte hierauf einigen im Hofe erschienenen Militäroffizieren unter brüderlicher Erwieberung herzlich die Hand, brachte dem k. k. Militär ein lautes Lebehoch und trat, an den Reihen der aufgestellten Grenadiere vorüber, den Rückweg an. — Kaum war eine Viertelstunde nach ihrer Entfernung verstrichen, so geschah der unglückselige Zusammenstoß vor dem Generalkommando-Gebäude. — Schließlich fordere ich alle Augen- und Ohrenzeugen der erzählten Fakta hiermit öffentlich auf, meine Anführungen Lügen zu strafen.

Prag, am 21. Juli 1848.

J. U. D. Johann Prasch.

Die Düsseldorf'sche Zeitung vom 27. Juli enthält folgenden Aufruf an alle Deutschen, insbesondere an alle politischen Vereine jeder Farbe.

Deutsche!

Das Reichsministerium hat beschlossen, daß am 6. August d. J. die gesammte deutsche Heeresmacht ausrücken und durch einen feierlichen Akt, der auf das gesammte Europa, ja weiterhin, eine erhebende Wirkung zu äußern nicht verfehlen wird, zum ersten Male dem stolzen Gefühle der wiedergewonnenen deutschen Einheit einen würdigen Ausdruck verleihen solle.

Deutsche aller Stämme, aller politischen Meinungen! Da, wo es die Einheit und Größe unseres Vaterlandes gilt, verschwinden die Verschiedenheiten des politischen Glaubensbekenntnisses! Laßt uns drum aus diesem Tage ein Fest der Verbrüderung für das gesammte-Deutschland machen, der Verbrüderung des ganzen Volkes, der Soldaten, der Bürger! Schaaren wir uns, wes Standes, wes Glaubens wir sind, an diesem Tage um die schwarz-roth-goldene Fahne! Reiche der Bürger dem Soldaten, der Soldat dem Bürger die Hand!

Der unterzeichnete Verein hat beschlossen, dahin zu wirken, daß jener Tag zu einem Vereinigungsfeste zwischen Militär und Bürger benutzt werde. Schließt euch denn an, Bürger, Soldaten, von den Gewässern der Nordsee bis zu den Firnen der Alpen, von den blauen Wogen des Rheines bis zu den Marken, wo der Barbar wohnt! Und ihr, Vereine, zusammengeführt durch Eine Idee, gehöre sie welcher Richtung immer an, tretet zusammen und gebt der civilisirten Welt den Beweis, daß wir Alle wie Ein Mann zusammenstehen, wenn es die Sache des großen Vaterlandes gilt! Wir rechnen auf Eure freudige Mitwirkung.

Düsseldorf, den 23. Juli 1848.

Der Verein für demokrat. Monarchie.

In der Breslauer Zeitung vom 19. Juli wird der Verfassungs-Entwurf, Tit. II. von den Rechten der Preußen, mitgetheilt.

In § 32 wird die Einrichtung von Lehnen und Stiftungen von Familienfideikommissen für die Zukunft unter sagt, die bestehenden Lehne und Familienfideikommissen werden freies Eigenthum in der Person desjenigen, welchem am Tage der Verkündung des gegenwärtigen Verfassungsgesetzes das Lehen oder Fideikommiss angefallen war.

Wenn das Verfassungsgesetz die Errichtung von Fideikommissen nicht mehr stattfinden lassen will, so läßt sich hiergegen nur einwenden, daß dadurch der freie Wille und die freie Verfügung eines Familienvaters, der den Wunsch hegt, daß sein Gut nach seinem Tode in der Familie bleibe und dadurch stets ein gewisser Wohlstand in derselben herrsche, der durch falsche Spekulation oder Lüderlichkeit verloren gehen könne, gehemmt werde. Wenn aber im Nachsage bestimmt wird, daß das Familienfideikommiss freies Eigenthum in der Person desjenigen, welcher am Tage der Verkündung des gegenwärtigen Verfassungsgesetzes im Besitz desselben ist, werden soll, so liegt hierin eine unerhörte Eigenthumsverletzung, denn das bestehende Familienfideikommiss ist Gesamteigenthum der Familie und der jetzige Besitzer bloß Nutznießer, dem das Eigenthumsrecht nur unter Zustimmung der übrigen Familienglieder zugesprochen werden kann. Dies Gesetz heißt nichts anderes, als der Familie mit Gewalt ohne irgend einen Rechtstitel das Eigenthum nehmen und die alten bestehenden Gesetze, worauf in Treue und Glauben Fideikommiss gestiftet worden sind, willkürlich vernichten. Liegt hierin die vielgelobte und gepriesene errungene Freiheit vom 18. März, wo das Eigenthum einer Familie nicht mehr gesichert ist und wie hängt diese Bestimmung mit dem vorhergehenden Paragraphen zusammen, wo ausdrücklich bestimmt wird, daß das Eigenthum nur in dringenden Fällen gegen festzustellende Entschädigung entzogen oder beschränkt werden könne?

**General-Versammlung
der israelitischen Gemeinde
behufs Berichterstattung der in der General-Versammlung am 29. Juni d. J.
gewählten Kommission und Abänderung
der Statuten vom Jahre 1826
Dienstag den 1. August d. J.,
Abends 6 Uhr,
im Saale des Café restaurant.
Der Vorstand.**

Soll die Israeliten-Gemeinde in Breslau sich auflösen?

Die so lang ersehnte Emanzipation der Juden, und überhaupt die allgemeine Verbrüderung aller Menschenseelen, das Attribut des verhofften Heilandes, getragen als Panier an der Spitze der Bewegung, hat auch die hiesigen Juden aus dem ihnen aufgedrungenen Partikularismus emporgehoben, Sie haben sich nach allen Richtungen hin der Bewegung des Volkes mit voller Liebe und Hingebung und Hingewegung über früher heilig erachtete Skrupel angeschlossen, und dem alten Regime den klarsten Gegenbeweis geliefert, daß auch der Jude mit dem deutschen Vaterlande stehen oder fallen will.

Weit entfernt aber von diesem reinen Patriotismus, glauben Einige den ihrigen dadurch zu bekräftigen, wenn sie mit Wort und That an die Auflösung des durch sein graues Alter ehrwürdigen Gemeinde-Verbandes hinarbeiten beflissen sind. Wie wir aber mit gutem Grunde annehmen zu können glauben, sind diese Bestrebungen nur der Ausfluß eines allen gemeinnützigen Verhältnissen verderblichen selbstsüchtigen Sinnes.

Was gilt solchen Leuten die Pietät für eine, auf jedes Mitglied wohlthätig rückwirkende religiöse Zusammengehörigkeit, die Wahrung der Interessen der jüdischen Genossenschaften vor reaktionären Gewalten, die wachsende Noth der Armuth, was kümmert diese Leute die Ueberwachung der mit so vieler Liebe und Sorgfalt gepflegten frommen Stiftungen und Institute, dem Stolze der Breslauer Gemeinde, die Verwaltung der Grundstücke, und des in vieler Beziehung nothwendigen Archivs, immerhin damit, wir sind Deutsche, und wollen — nichts zählen. Dies ist der dürrer Boden, auf dem jene schmählichen, engherzigen Bestrebungen wachsen, wahrlich kein religiöser, kein vaterländischer; denn auch die christlichen Konfessionen rufen in Mitten der destruktiven Zeit ihre Mitglieder zur Wahrung ihrer Interessen und inneren Festigung auf, wer wollte sie darum eines Mangels an Patriotismus zeihen.

Möge die Breslauer Israeliten-Gemeinde fortfahren, die in ihrer Mitte bisher trotz aller Meinungs-Verschiedenheit gehegten Werke der Liebe und Barmherzigkeit, wie sie solche von den Vorfahren überkommen, auch für die Nachwelt fortzupflanzen, und deren Hinwegräumung nicht heillosen Händen gestatten, die es vielleicht einmal selbst bitter bereuen möchten.

E. Sp.

Oberschlesische Eisenbahn.

Mit dem 1. Sept. d. J. wird die Restauration auf unserm Bahnhofe in Oblau pachtlos. Zur Wiederverpachtung haben wir einen Termin auf den 12. August Nachmittags 4 Uhr in unserm Central-Bureau hier anberaunt, woselbst so wie bei dem Bahnhof-Inspektor Hrn. Selig in Oblau, die Pachtbedingungen eingesehen werden können.

Breslau, den 19. Juli 1848.

Das Direktorium.

Haus-Verkauf in Freiburg.

Es hat 7 Fenster Front, ist 1845 elegant neu erbaut, mit 13 heizbaren Stuben, 5 Kabinets, großer Schmiede-Werkstatt, Stallung zu 4 Pferden, Wagen-Kemise etc., großem Hofraum und etwas Garten. Da dies Grundstück nur durch die Straße vom Bahnhof getrennt, ist es bei Bequemlichkeit, wie schöner Gebirgsausicht, nur zu empfehlen. Näheres beim Gastwirth Lang er im Kronprinz daselbst.

Theater-Nachricht.

Sonntag: 33te Abonnements-Vorstellung.
„Wilhelm Tell.“ Schauspiel in fünf Akten von Schiller.
(Einlaß 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.)
Montag: 34te Abonnements-Vorstellung.
„Das bemooste Haupt“, oder:
„Der lange Jirael.“ Schauspiel in 4 Aufzügen mit Gesang von Robert Benedir. Neu arrangirt von W. Foard. Ouverture und Entr'acte componirt von G. Heinge. Die eingelegten Gefänge sind von verschiedenen Komponisten.

Dinstag den 1. August beginnt die Ziehung der Abonnements-Verloosung. Loose zu derselben sind im Theater-Bureau in den gewöhnlichen Geschäftsstunden zu haben.

Um dem vielfach vom geehrten Publikum ausgesprochenen Wunsche zu begegnen, machen wir hierdurch bekannt, daß wir aus den bei der ersten Ziehung nicht verkauften Loose eine zweite und letzte Ziehung veranstalten werden, welche am 1. August d. J. den Anfang nimmt.

Es werden 3000 Stück Loose à 2 Rthl. ausgegeben und sind die darauf fallenden Gewinne folgendermaßen vertheilt:

Plan

zur zweiten und letzten Ziehung der Abonnements-Verloosung für die noch laufenden Vorstellungen.

1 Gewinn à 50 Rthl.	50 Rthl.
1 „ „ 30 „	30 „
2 „ „ 25 „	50 „
3 „ „ 20 „	60 „
4 „ „ 15 „	60 „
6 „ „ 12 „	72 „
8 „ „ 10 „	80 „
15 „ „ 8 „	120 „
25 „ „ 6 „	150 „
40 „ „ 5 1/2 „	220 „
70 „ „ 5 „	350 „
100 „ „ 4 1/2 „	450 „
125 „ „ 4 „	500 „
300 „ „ 3 1/2 „	1050 „
600 „ „ 3 „	1800 „
700 „ „ 2 3/4 „	1866 3/4 „
1000 „ „ 2 „	2000 „
3000 Gewinne	8908 3/4 Rthl.

Außerdem:

1 Prämie zum Gewinne auf die erste gezogene Nummer	20 Rthl.
1 Prämie zum Gewinne auf die Nummer vor dem großen Loose	20 Rthl.
1 Prämie zum Gewinne auf die Nummer nach dem großen Loose	20 Rthl.
1 Prämie zum Gewinne auf die vorletzte Nummer	10 Rthl.
1 Prämie zum Gewinne auf die letzte Nummer	21 1/2 Rthl.
	9000 Rthl.

Es erhellt hieraus, daß 2000 Loose mit einem Gewinne über 2 Rthl. und nur 1000 mit dem Einsatze herauskommen und kann der erste Gewinn im glücklichsten Falle sich auf 71 1/2 Rthl. belaufen. Die übrigen Bedingungen bleiben dieselben.

Wir glauben durch unsere bisherige Thätigkeit das Vertrauen der geehrten Abonnenten gerechtfertigt zu haben und werden nicht ermangeln, ein ferneres Zutrauen durch unsere Leistungen zu verdienen zu suchen, auch können wir bei größeren pekuniären Mitteln auch größeren Anforderungen genügen.

Der Verwaltungsausschuß.

F. Kahle. W. Foard. E. Guinand.

Verbindungs-Anzeige.

Die heute stattgefundene Vermählung ihrer einzigen Tochter Marie, mit dem Gutsbesitzer Hrn. Carl Ferdinand Schneider, auf Neuhaus, zeigt Freunden und Bekannten, statt jeder besondern Meldung, an:

verwittw. Hiller.

Breslau, den 25. Juli 1848.

Todes-Anzeige.

Noch blutend an der Wunde, die uns das harte Schicksal durch den am 7. d. Mts. erfolgten Tod unserer geliebten Mutter, Schwieger- und Großmutter schlug, sind wir nach kaum 3 Wochen von einem neuen, schrecklichen Schlage getroffen worden. Am 26sten verschied nach langen Leiden unser theurer, innigst geliebter Vater, Schwieger- und Großvater, Julius Kempner, in einem Alter von 56 Jahren 23 Tagen. Um stille Theilnahme bittend, zeigen dieses Verwandten und Freunden an:

die Hinterbliebenen.

Randsberg, den 27. Juli 1848.

Todes-Anzeige.

Mit betrübtem Herzen zeigen wir Verwandten und Freunden, das am 24ten d. M. erfolgte Dahinscheiden unseres hochverehrten Vaters, Waters, Schwieger- und Großvaters, Banquier Salomon Seelig Karo hiermit ergebenst an. Wer den Viedern kannte, wird die Größe unseres Schmerzes zu würdigen wissen und uns stille Theilnahme gewähren. Kalisch, den 26. Juli 1848.

Die Hinterbliebenen.

Ich wohne Junkernstraße Nr. 3 eine Treppe.
Dr. Guttentag,
 prakt. Arzt, Wundarzt u. Geburtshelfer.
 Gute 7-öktav. Flügel stehen zum verleihen auch zum Umtausch: Herrenstraße Nr. 24.

Todes-Anzeige.

Das heute Nachmittag um 2 Uhr erfolgte Ableben unseres lieben Freundes und früheren Kameraden im 18ten Infanterie-Regiment, Hrn. Majors a. D., Karl August Bresse, in dem Alter von 63 Jahren, zeigen wir allen seinen Verwandten, Freunden und Bekannten, hierdurch ergebenst an.

Breslau, den 28. Juli 1848.

Die hier wohnenden früheren Regiments-Kameraden des Verstorbenen.

Die Beerdigung des Hrn. Majors Bresse erfolgt Montag, den 31. Juli, 8 Uhr früh.

Dankfagung.

Dem hochgeehrten 8ten Bataillon der Bürgerwehr, welches die Güte hatte, die Leiche meines mir unvergeßlichen Mannes, des Bürgermeisters D. Schmeltz, zur Ruhestätte zu begleiten, und durch die ihm erwiesene Ehrenbezeugung mir unverhofft in meinem tiefen Schmerze so unendlich wohl that, sage ich hierdurch meinen innigsten Dank.

Breslau, den 28. Juli 1848.

Berwittwete E. Schmeltz.

Bekanntmachung.

Der Bau eines massiven Speichers auf dem Vorwerke zu Riemberg soll nach erfolgter Licitation vergeben werden. Zu diesem steht ein Termin

am 7. August d. J. 11 Uhr

auf dem rathhäuslichen Fürstensaale an. Bedingungen, Anschlag und Zeichnung sind in unserer Dienerstube und bei Hrn. General-Pächter Christen in Riemberg einzusehen.

Breslau, den 28. Juli 1848.

Der Magistrat

hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Holz-Lieferung.

Es sollen für die hiesige städtische Armen-Verwaltung, für den Winter des Jahres 1848-49, 400-450 Klaftern Kiefern-Leibholz oder Eichenholz zweiter Klasse bis ult. November d. J. auf einen der städtischen Holzhöfe hieselbst franco geliefert werden.

Behufs Verdingung derselben im Wege der Submission fordern wir Lieferungsanträge auf, ihre Gebote versiegelt bis zum 31. Juli d. J. an uns einzureichen, in dem

auf den 31. Juli Vormittags 11 Uhr im rathhäuslichen Fürstensaale anberaumten Termine zu erscheinen und die Eröffnung der eingereichten Submissionsschreiben zu gewärtigen.

Die Kosten der Licitation und des Kontrakts übernimmt der Lieferant.

Breslau, den 15. Juli 1848.

Die Armen-Direktion.

Bekanntmachung.

Am 23ten hujus ist in der alten Ober, zwischen der Rosenthaler und Hundsfelder Brücke ein unbekannter männlicher Leichnam aufgefunden worden. Derselbe ist anscheinend zwischen 50 und 60 Jahre alt, von starkem Körperbau, mit einem blautüchernen Rocke, dergleichen Weste, leinenen Hosen und Hemde bekleidet gewesen, sonst aber durchaus unkenntlich. Wer über die persönlichen Verhältnisse Auskunft zu geben vermag, wolle sich in Nr. 8 des königlichen Inquisitorats melden. Kosten entstehen dadurch nicht.

Breslau, den 24. Juli 1848.

Königliches Inquisitorat.

Auktion.

Donnerstag d. 3. Aug., Vorm. 9 Uhr, sollen in dem Hospital St. Trinitatis, Schweidnitzer Straße Nr. 27, verschiedene Nachlassgegenstände gegen baare Zahlung öffentlich versteigert werden. Das Vorsteher-Amt.

Auktion.

Den 1. August Nachmittag 3 Uhr soll am Ziegelthore an der Ziegelbrücke ein altes Schiff nebst altem Bauholz versteigert werden. Breslau, den 29. Juli 1848.

Gasthof und Brauerei-Verpachtung.

Das hiesige Gasthaus zur Stadt Weinungen, vereint mit der dazu gehörenden Brauerei, soll von Weihnachten d. J. ab vorläufig auf drei Jahre verpachtet, die Brauerei, wenn es gewünscht wird, auch schon zu Michaelis d. J. übernommen werden.

Kautionsfähige Pächter werden gebeten, spätestens bis zum 4. September d. J. persönlich oder schriftlich beim unterzeichneten Amte Erkundigungen über die Pachtbedingungen einzuholen.

Karlruhe in Oberschlesien, 13. Juli 1848. Herzogl. Eugen v. Württemberg'sches Rentamt. Niebel.

Aufforderung

einen verloren gegangenen Versicherungsschein betreffend.

Die von der Lebensversicherungs-Bank für Deutschland in Gotha, unter Nr. 7771 vom 15. Juli 1832, auf das Leben des Herrn Hans Carl Heinrich Grafen von Carmer auf Panzkau, über 8000 Rthl. Pr. Courant ausgestellte Police ist dem rechtmäßigen Besitzer abhanden gekommen. Es ergeht daher an den etwaigen Inhaber dieses Scheins, so wie an diejenigen, welche Ansprüche an denselben haben sollten, hiermit die Aufforderung, solches unverzüglich und spätestens bis zum 12. August d. J. der unterzeichneten Agentur oder der Bank anzuzeigen, widrigenfalls die Gültigkeit jenes Scheins aufgehoben werden wird.

Liegnis, am 28. Juli 1848.

Die Agentur der Gothaer Lebensversicher.-Bank. Oswald Wuthe.

Extrazug nach Dresden.

In Folge der Aufforderung in Nr. 168 der hiesigen Zeitungen, so wie den vielseitig uns zugegangenen Anträgen, eine „Extrafahrt nach Dresden“ zu bewirken, haben wir, die Unterzeichneten, Veranlassung genommen, mit den betreffenden Bahn-Direktionen in Unterhandlung zu treten und geben das Resultat in Folgendem.

Der Extrazug findet statt, sobald 600 Personen ihre Theilnahme zugesichert haben. Der Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt beträgt à Person in der dritten Wagenklasse 4 Rthl. 22 Sgr. Sollten Personen in 2ter Wagenklasse zu fahren belieben, so beträgt das Fahrgehalt hierfür 6 1/4 Rthl. Die Abfahrt kann den 5. oder den 7. August stattfinden, und wird uns der Wille der Teilnehmer maßgebend sein. Die Rückfahrt kann beliebig bis zum 14. August stattfinden. Für billige und angenehme Beförderung per Dampfschiff nach der sächsischen Schweiz wird Seitens Dresdens gesorgt sein. Sollte die Zahl von 600 Theilnehmern nicht zusammen kommen, so kann der Extrazug nicht stattfinden, und wird den Theilnehmern das bereits eingezahlte Fahrgehalt ohne Abzug sofort zurück erstattet. Breslau, den 29. Juli 1848.

Brück, Hintermarkt Nr. 5. B. Sipauf, Oberstraße Nr. 28.

Sächsisch-Schlesische Eisenbahn.**Bekanntmachung.**

Bestimmungen über die präkludirten Interims-Aktien der 9. Einzahlung betreffend. Nachdem in der letzten, am 29. Juni d. J. abgehaltenen General-Versammlung der Aktionäre der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahn-Gesellschaft beschlossen worden ist:

„den Inhabern der Interims-Aktien der 9ten Einzahlung, die Nachzahlung der am 31. Juli v. J. fällig gewordenen 10ten Einzahlung zu gestatten und von der statutenmäßigen Präklusion unter der Bedingung abzusehen: daß die verwirkte Conventionalstrafe von 1 Rthl. pro Interims-Aktie gezahlt und die Stückzinsen auf die verspätete Einzahlung vergütet werden, — so werden hiermit die Interessenten aufgefordert, diese Interims-Aktien 9ter Einzahlung bei unserer Hauptkassse, Bahnhof Antonstraße Dresden, zu präsentiren und gegen Erlegung von

10 Rthl. als Betrag der 10ten Einzahlung,

1 Rthl. als verwirkte Conventionalstrafe

und den Zinsen von 5 pCt. pro anno vom 31. Juli 1847 bis zum Tag der Präsentation gegen volle Aktien umzutauschen.

Interims-Aktien genannter Einzahlung, welche bis zum

31sten Dezember dieses Jahres

aber zum Umtausch nicht gelangt, sind aller ihrer Rechte und Ansprüche unwiderruflich und für immer verlustig.

Dresden, den 10. Juli 1848.

Das Direktorium

der Sächsisch-Schlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Der Hausbesitzer-Verein

versammelt sich Montag den 31. Juli Nachmittags 3 Uhr im Hartmannschen Lokale auf der Gartenstraße. Gegenstände der Berathung: Kredits-, Mieths- und Cinquartierungs-Angelegenheiten.

Das Direktorium.**A u f r u f.**

Es hat sich im hiesigen Orte unterm 16. Juli d. ein Verein von Oekonomie-, Forst-, Hütten- und Privat-Beamten gebildet, dessen Berathungen die fernere Stellung in gesellschaftlicher Beziehung, und dessen Tendenz es ist, den Beamtenstand durch mögliche Wahrnehmung des materiellen Interesses und wissenschaftlicher Ausbildung zu heben.

Zu diesem Behufe fordern wir daher Theilhaber dieser Branchen hiermit zur Theilnahme und möglichst Förderung der guten Sache durch Anschluß auf, und bemerken, daß ein feinerer Berathungs-Termin auf den 13. August d. Vorm. 9 Uhr im Gasthause des Herrn Schäfer hieselbst anberaumt worden ist.

Wenn über die Bildung dieses Vereins sich hin und wieder Meinungen kundgegeben haben, als läge in der Tendenz des Vereines eine Compromittirung oder gar Aufwiegelung gegen die Prinzipale von den theilnehmenden Beamten, so halten wir diese Meinung schon in sofern für eine irrige, als es unbedingt in dem Wunsche eines Prinzipals liegen wird, tüchtige und brauchbare Beamten zu besitzen, da aber jeder Arbeiter der Anerkennung oder seines Lohnes werth ist, dürfte die Absicht, den benannten Stand durch das gewünschte materielle Interesse gehoben zu sehen, wohl bei einem Jeden, der irgend ein Interesse zur Sache hat, gerechtfertigt erscheinen.

Guttenberg, Kreis Lublin.

Bekanntmachung.

Die in dem Johannis-Termin 1848 fällig gewordenen Zinsen von großherzoglich Posen'schen Pfandbriefen werden gegen Entlieferung der betreffenden Coupons und deren Specifikationen vom 1. bis 16. August d. J., die Sonntage ausgenommen, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, in Berlin durch den unterzeichneten Agenten in seiner Wohnung (wo auch vom 20. d. M. die Schemata zu den Coupons-Specifikationen unentgeltlich zu haben sind) und in Breslau durch den geheimen Kommerzien-Rath Herrn J. F. Kracker ausbezahlt.

Nach dem 16. August wird die Zinsenzahlung geschlossen und können die nicht erhobenen Zinsen erst im Weihnachts-Termin 1848 gezahlt werden.

Breslau, den 21. Juli 1848.

F. Mart. Magnus, Behrenstraße Nr. 46.

Bei jeder**Witterung.****Lichtbild-Portraits****Aufnahme****im Zimmer.**

von Julius Rosenthal, Graveur und Daguerreotypist, Ring Nr. 42, Schmiedebrücke-Ecke

Antiquar Singleton, Schubbr. 27, offerirt: Richters Therapie, kompl. in 9 Bdn., Bdpr. 26 Rt. 4 1/2 Rt. Dess. Chirurgie, 7 Bde., 11 Rt., 2 1/2 Rt. H. Schöffe, d. Klass. Stellen d. Schweiz m. viel. Stahlst., Prachtb., 10 Rt., 3 1/2 Rt. Lange, Prag u. nächst. Umgeb., m. viel. Stahlst., 3 Rt., 1 1/2 Rt. Herders Eid, Prachtausg. mit viel. K., 5 Rt., 2 1/2 Rt. Shakespeares sämmtl. Werke, d. v. Schlegel u. Tieck, 1844, 12, Prachtb., 4 Rt. F. Horn, Erläuter. dess., 5 Bde., 9 Rt., 2 1/2 Rt. Humboldts Kosmos, 2 Bde., 1847, 4 1/2 Rt. D. Niebel-Lied, h. v. Hagen, m. Illustr. n. Cornelius, 2 Bde., 2 Rt. Meyers Universum, Bd. 4, 5, 6, 7, 11, 12, 2 Rt., 1 1/2 Rt. Stundend. d. Andacht, S., Frzb., 4 Rt. Mehr. klass. Werke in Prachtausg. Reißzeuge u. Fernrohre, faub. gearb. in versch. Größen. Schillers Werke, 12 Bde., 3 Rt. Göthes Werke, 21 Bde., 22 Rt., 8 Rt.

G. Horwitz, Schubbrücke Nr. 27, verkauft: Florenti, die Päpste als Fürsten eines Staates und Oberhäupter der Kirche, 2 Bde., (3 Rthl.) f. 1 Rt., v. Demselben die Inquisition. Pölig, Statarische u. kurfürstliche Lektüre der deutschen Klassiker, 5 Bde., mit Supplementb. (7 1/2 Rt.), f. 1 1/2 Rt. Duflos, Apothekerbuch m. Supplementb., 3 Bde., eleg. 1847, 4 1/2 Rt. Herrens, Geschichte der Staaten des Alterthums, 4te Aufl. (2 1/2 Rt.) f. 1 1/2 Rt. Meyers's Universum, 5 Jahrgänge, eleg. à 1 1/2 Rt. Malerische und romantische Deutschland, die Pfalz und der Harz, ganz neu, Bdpr. 6 3/4 Rt., f. 3 Rt. Endler und Scholz, Naturfreund, 1-9r Jahrg. incl. (50 Rt.), f. 6 Rt. Miniaturbibliothek, ganz neu, (16 Rt.), f. 6 1/2 Rt. Sulzer's Theorie der schönen Künste, 4 Bde., eleg. neue Aufl. (8 3/4 Rt.), f. 2 Rt. Mythologische Gallerie in prachtvollen Kupf., v. Stöber mit Erklär. v. Jost, in 3 Sprachen, 2te Aufl., 4, eleg. (8 Rt.), f. 2 Rt. zc. Außerdem billig ein Amputations- und Trepanationsbesteck. Auch kaufe ich stets kleinere und größere Büchersammlungen, so wie auch Musikalien.

Ein junger Mann, welcher Lust hat, die Handlung zu erlernen, die nöthigen Schulkenntnisse besitzt, und von ordentlichen und gebildeten Eltern ist, findet ein gutes Unterkommen. Näheres per Adresse P. F. franco Schweidnitz, poste restante.

Der erste Stock,

bestehend in 4 Piecen nebst Zubehör ist sofort zu beziehen Albrechtsstraße 46.

Bald zu beziehen ist Ohlauerstraße Nr. 21 im zweiten Stock eine möblierte Vorderstube.

50 Rthl. Belohnung

für Denjenigen, welcher die Thäter entdeckt und zur gerichtlichen Untersuchung nachweist, welche in der Nacht vom 28. zum 29. dieses durch Öffnung der Schlösser an der Haus- und den Rentamtsbüren die eiserne, circa zwei Centner schwere Rentamtskassette mit den darin enthaltenen Beständen entwendet und fortgebracht haben.

Diese Bestände bestehen in: Rthl. Pf. S.
 1 Kassenanweisung à 50 Rthl. 50 — —
 36 dito in Darlehnscheinen à 5 Rthl. 180 — —
 1 Päckchen R.-A. à 1 Rthl. 100 — —
 15 einzelne dito à 1 Rthl. 15 — —
 4 Duten $\frac{1}{6}$ à 10 Rthl. 40 — —
 $\frac{1}{6}$ dito. 5 25 — —
 $\frac{1}{12}$ dito Cour. 5 2 6
 (Ebenfalls drei Sorten theils in einer großen, von Nuthen geflochtenen Schwinde, theils auf einem Zählbrett aufgezählt, in der Kasse aufbewahrt.)

Zusammen 811 27 6

Breslau, den 29. Juli 1848.

Königl. Rent.-Amt.

Nothwendige Erklärung.

Zur Begegnung böswilliger Gerüchte mache ich hierdurch wiederholt bekannt, daß ich als **Maurer-, Schiefer-, Decker-, Meister, Blisableiter-, Verfertiger und Schornsteinfeger** die umfangreichsten Qualifikations-Atteste von der königlichen Regierung erlangt und seit vielen Jahren die Berechtigung zur Ausübung meiner Gewerbe in der ganzen Monarchie inne habe.

C. L. Stahlhuth,
 Messergasse Nr. 14.

Samen-Verkauf.

Das Dominium Mondschütz im Wohlauer Kreise offerirt von diesjähriger Ernte überseefischen Riesensaunder-Roggen, Hohlsteiner Probstein-Korn und Astrachanisches Stauden-Korn zum Verkauf.

Preis pro Scheffel 10 $\frac{1}{2}$ Sgr. übern höchsten Bresl. Marktpreis zur Zeit der Abholung. Der reichliche Körner- und Strohwinn ist bereits durch gemachte Proben hinlänglich bekannt.

Das Wirthschafts-Amt.

Maschinen-Verkauf.

Auf den Antrag der Gewerkschaft und mit hoher ober-bergamtlicher Genehmigung, sollen auf der „Neue Helena-Galmei-Grube bei Scharley“, zwei Maschinen und zwar die 48- und die 32-zölligen einfachwirkenden Wasserhaltungs-Dampfmaschinen nebst 20- und 16-zölligen Saugfugen öffentlich meistbietend verkauft werden, wozu ein Termin auf den 28. August d. J. Nachmittags 3 Uhr im Beisein der „Neue Helena-Galmei-Grube“ anberaumt ist.

Die Beschreibung und Taxe der Maschinen und Saugfugen, so wie die Verkaufsbedingungen können in der Registratur beim königl. hochwohlh. Oberschlesischen Berg-Amt zu Tarnowitz, so wie beim unterzeichneten Schichtmeister eingesehen werden.

Hohenlohehütte in Oberschlesien,

den 27. Juli 1848.

Friedrich, Schichtmeister.

Schafwolle wird zum Spinnen angenommen, unter Zusage der promptesten und billigsten Bedienung, von der Streichgarnspinnerei zu Klettschau bei Schweidnitz.

Kauf-Gesuch.

Es werden Dominial- so wie Rustikal-Güter in jeder Größe, von reellen und zahlungsfähigen Käufern sofort zu kaufen gesucht. Die Herren Gutbesitzer, die verkaufen wollen, werden ersucht, den genauesten Anschlag wie den Preis des Gutes bei **A. Jäkel, Grünebaumbrücke Nr. 2**, gefälligst abzugeben.

Eine wissenschaftlich gebildete junge Dame, welche der französischen Sprache vollkommen mächtig ist, sucht zu Michaelis d. J. ein Engagement als **Erzieherin** oder **Gesellschafterin**; als Erstere Conditionen sit gegenwärtig noch. Portofreie Offerten erbittet man sich recht bald unter der Chiffre: **C. St. Liegnitz, poste restante.**

Nächst einer Partie Mousseline de Raine-Roben à 3 und 4 Rthl., Barège-Roben 21 Ellen für 4 Rthl., Casimir-Tisch-Decken à 4 Rthl., empfehle ich noch eine sehr bedeutende Auswahl Cachemir-Roben (reine Wolle), deren bisheriger Preis 10 und 11 Rthl. für 8 Rthl., Batist-Roben in allen Farben à 2 $\frac{1}{2}$ Rthl.

A. Weisler,

Schweidnitzer- und Junkern-Strassen-Ecke 50.

Eine auswärtige Tabak-Fabrik hat ein Quantum von circa 200 Ctnr. staubfreien, rein gesiebten Saucen (Tabak-Abfall) am Lager, welcher in beliebigen Partien abzulassen ist. Proben nebst billigstem Preis einzusehen in der

Colonial-Waaren-Handlung,
 Klosterstr. 11, gegenüber der Mauritiuskirche.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriele:

1. Herrn C. A. Gebauer u. Comp.,
2. Madame Golisch,
3. Herrn Wollmüller Krawitzer,
4. = Sattler Robert Schmidt,
5. = Kaufmann M. Bialle,

können zurückgefordert werden.

Breslau, den 28. Juli 1848.

Stadt-Post-Expedition.

In Marienau

heute Sonntag den 30. Juli: Vorstellung auf dem schlaffen Drahtseil, Produktion auf dem Voltigir- und gespannten Seil, nebst Bestiegen des Thurmseils. Zum Schluss: die Höllenfahrt, komische Scene mit Brillant-Feuerwerk.

Schwiegerling.

Villa nova

in Alt-Scheitnig.

Heute, Sonntag den 30. Juli:

Konzert.

Entree à Person 1 Sgr.

Liebig's Garten,

heute, den 30. Juli,

großes Concert

von der Breslauer Theater-Kapelle.

Anfang 4 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Reiß-Garten.

Sonntag Großes Concert

der Breslauer Musikgesellschaft.

Schweizerei

im Scheitniger Park.

Heute den 30. Juli: Eröffnung des Breslauer Prater unter den verschiedenen Lustbarkeiten, als: Adlerschießen, Stangenklettern, Kopfschießen, Bolzenschießen, Aufstellung schöner Panoramen und dergl., wozu ergebenst einladet: **Anders, Cafetier.**

Im Au-Garten

in Altscheitnig, heute Sonntag den 30. Juli: großes brillantes Feuerwerk, angefertigt und abgebrannt von Hrn. Schwiegerling. Entree für Herren 2 Sgr., für Damen 1 Sgr., Kinder die Hälfte.

Ich erlaube mir wiederholt zu bemerken, daß der Au-Garten der Passbrücke zunächst vor derselben am Eingange in das Dorf liegt und der nächste Fußweg der hinter der Barriere links ab führende Fußsteig ist.

Th. Seidel.

Zum **Wurst-Abendbrot u. Auschieben** ladet auf heute ergebenst ein: **Bitner,**

im Prinz von Preußen.

Zum **Fleisch- und Wurst-Auschieben** nebst **Tanz**, heute Sonntag, d. 30. Juli, ladet ergebenst ein

Kleiner,

Gastwirth in Hünern.

Ich bin im Besitz von eisernen Läufern, die ich zu verkaufen beabsichtige:

4 Stück à 68" im Durchmesser, 15" breit, à 65 Ctnr. das Stück;
 12 Stück 56" im Durchmesser, 15" breit, à 55 Ctnr. das Stück.

Hierauf Reflektierende ersuche ich, die nähern Bedingungen in portofreien Briefen von mir gefälligst einzuholen.

Meiße, den 30. Juli 1848.

Der Kaufmann Aug. Ed. Hampel.

Eine mit den besten Zeugnissen versehene Wirthschafterin sucht Termin Michaelis auf dem Lande oder in der Stadt, ein Unterkommen. Näheres zu erfragen Kupferschmiedestraße Nr. 64 im Laden.

Eine Standbüchse,

sehr gut schießend, mit Stecher, ist billig zu verkaufen: Karlsstraße Nr. 16, dritte Etage.

Frische Fruchtbowle

ist täglich zu haben in der Weinhandlung von **Ernst Wendt.**

Lieferne Bretter,

sowohl für Bauherren wie für Tischler, sind zu billigen Preisen zu verkaufen. Näheres Oberstraße Nr. 7, im Hofe eine Tr. rechts.

Zur gütigen Beachtung.

Hiermit erlaube ich mir, ergebenst anzuzeigen, daß alle Arten Ofen nach den neuesten Konstruktionen auf Bestellung von mir aufs Beste und pünktlichste ausgeführt werden; wozu sich angerechnetlich empfiehlt: der Ofenbaumeister **C. Pehold,** Kupferschmiedestraße Nr. 64.

Bleiweiß

von verschiedenen Gattungen, auch extrafeines mit Leinöl abgerieben, und drei Sorten **weiße Oelfarbe** in Gebinden von etwa 30 $\frac{1}{2}$ empfiehlt zu den billigsten Preisen:

Theodor Kretschmer,
 Karlsstraße Nr. 47.

Die im Hintergebäude, Altbüßer-Straße 46, **Verhafteten** werden von den Anwohnern um ein anständigeres und ruhigeres Betragen ersucht.

Ich warne hierdurch, meinem Sohne, dem **Oekonom Adolph Schrotth** zu Weiskretscham zu kreditiren, indem ich keine Schulden desselben bezahle. **verwittw. Schrotth.**

Der Kunstgärtner **Siler** zu Ober-Glauchau bei Trebnitz verkauft Erdbeer-Pflanzen der besten Sorten, als: **Keen's, Willmot's, Roseberry** etc. das Schock für 6 Sgr.

Avis.

Von lackirten Rind- und Koffhäuten, sowie von Hammerkopfs-, Wild- und Schaafledern empfing wieder Kommissionsendungen, und verkauft zu Fabrikpreisen:

Pierre Henry,

Kupferschmiede-Straße Nr. 20.

Ein **Holzplag** wird zu mieten gesucht. Das Nähere bei

Rahmer, Stern und Comp.,

Karlsstraße 38.

Ein großer **Vorbau** nebst **Schaufenstern** und **Schild** ist billig zu verkaufen durch den Tischlermeister **Gornig,** Burgfeld Nr. 13.

Als Diensthofen-Bermietherin empfiehlt sich **Friederike Schleyer,** Ring, grüne Möhrseite Nr. 38.

Ein anständiges Mädchen sucht ein Unterkommen als **Ladenmädchen, Ausgeberin** oder zur **Gesellschaft** bei einer einzelnen Dame. Näheres Breitestraße Nr. 11, 2 Stiegen.

Junge Kanarien-Männchen sind billig zu verkaufen Karlsplatz Nr. 5, im Wassermann, bei Seifert.

Beachtenswerth.

Ein **Gegräpshandel**, sowie ein gut rentirendes **Steinkohlengeschäft** ist unter annehmbaren Bedingungen Familienverhältnisse halber zu überlassen. Das Nähere Kupferschmiedestraße Nr. 12, Kommissions- und Agentur-Bureau von **Alexander.**

Zu vermieten ist in dem Hause Nr. 43, Altbüßerstraße, eine Stiege hoch, eine Wohnung von drei Stuben und zwei Alkoven für den Preis von 110 Rthl.

Berlin. Oekonomie-Administratoren, Wirthschafts-Inspektoren, Forst- und Domainen-Beamte, Rentmeister, Sekretäre, Ober-Kellner, Brennerlei-Verwalter, Braumeister, Destillateure und Fabrikanten, können sehr einträglich und dauernde Stellen erhalten. Näheres in der Agentur des Apothekers **Schulz** in Berlin, neue Friedrichs-Straße 78a.

Zwei schöne Zimmer, mit oder ohne Möbel, sind sofort zu vermieten und zu beziehen: **Altbüßer-Straße Nr. 45, 3 Stiegen.**

Ein **großes Quartier**, von 7-8 Piecen, 1 Treppe hoch, in frequenter Gegend, wird zu **mieten verlangt.** Adressen (Lage und Miethspreis bezeichnend, befördert die Musikalienhandlung, Schweidnitzer Straße Nr. 8.

Ein Gewölbe,

geräumig und hell, in welchem seit vielen Jahren ein Feder-Geschäft betrieben wurde, ist sofort oder Term. Michaelis zu vermieten Kupferschmiedestraße Nr. 17, zu den 4 Löwen. Das Nähere daselbst.

Zu vermieten, Ohlauer Vorstadt, kleine Feldgasse Nr. 8, nur durch die Ueberfuhr von der Promenade getrennt, eine Wohnung von 2 Stuben, 2 Kabinets und heller Küche nebst Gartenlaube, für billigen Preis.

Schubbrücke Nr. 74, nahe am Ringe, ist der zweite Stock, 5 Stuben nebst Zubehör, von Michaelis d. J. ab zu vermieten.

Zu vermieten

sind neue Schweidnitzer Straße Nr. 3 d. veränderungshalber zwei Wohnungen zu 3 und 4 Stuben, bald oder Michaelis e. zu beziehen.

Breslau, den 29. Juli.

(**Ämtliches Cours-Blatt.**) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96 Br. Kaiserliche Dukaten 96 Br. Friedrichsd'or 113 $\frac{1}{2}$ Br. Louisd'or 112 $\frac{1}{2}$ Sld. Polnische Courant 92 $\frac{1}{2}$ Br. Oesterreichische Banknoten 88 $\frac{1}{2}$ Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rthl. 3 $\frac{1}{2}$ % 73 $\frac{1}{2}$ Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % 93 Sld., neue 3 $\frac{1}{2}$ % 77 $\frac{1}{2}$ Br. Schleifische Pfandbriefe à 1000 Rthl. 3 $\frac{1}{2}$ % 92 $\frac{1}{2}$ Br., Litt. B 4 % 93 Sld., 3 $\frac{1}{2}$ % 82 Br. Alte polnische Pfandbriefe 4 % 86 $\frac{1}{2}$ Sld., neue 86 $\frac{1}{2}$ Sld. Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitzer-Freiburger 4 % 82 $\frac{1}{2}$ Br. Oberschlesische Litt. A 3 $\frac{1}{2}$ % 85 $\frac{1}{2}$ Br., Litt. B 85 $\frac{1}{2}$ Br. Krakau-Oberschlesische 38 $\frac{1}{2}$ Br. Niederschlesische-Märkische 3 $\frac{1}{2}$ % 68 $\frac{1}{2}$ Sld. Meisse-Brügger 38 $\frac{1}{2}$ Br. Köln-Mindener 3 $\frac{1}{2}$ % 75 $\frac{1}{2}$ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 38 $\frac{1}{2}$ Sld. Wechsel-Course: Amsterdam 2 Mt. 142 $\frac{1}{2}$ Sld. Berlin 2 Mt. 99 $\frac{1}{2}$ Sld., keine Sicht 99 $\frac{1}{2}$ Sld. Hamburg 2 Mt. 151 $\frac{1}{2}$ Sld., keine Sicht 152 $\frac{1}{2}$ Sld. London 3 Mt. 6. 25 $\frac{1}{2}$ Sld.

(**Cours-Bericht.**) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3 $\frac{1}{2}$ % 73 $\frac{1}{2}$ à 74 $\frac{1}{2}$ bez., Prior. 4 $\frac{1}{2}$ % 87 à 87 $\frac{1}{2}$ bez. Krakau-Oberschlesische 4 % 38 $\frac{1}{2}$ Br. Niederschlesische 3 $\frac{1}{2}$ % 67 $\frac{1}{2}$ u. 67 bez., Prior. 4 % 81 $\frac{1}{2}$ Sld., Prior. 5 % 93 $\frac{1}{2}$ Br., Ser. III. 5 % 88 bez. Oberschlesische Litt. A 3 $\frac{1}{2}$ % 83 $\frac{1}{2}$ bez. u. Sld., Litt. B 83 $\frac{1}{2}$ bez. u. Sld. Rheinische 53 Br., Prior. 4 % 67 Br. Posen-Stargard 4 % 63 $\frac{1}{2}$ bez. u. Sld. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 37 $\frac{1}{2}$ bis 38 $\frac{1}{2}$ bez. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Scheine 3 $\frac{1}{2}$ % 73 $\frac{1}{2}$ bez. Seehandlungs-Premien-Scheine à 50 Rthl. 87 $\frac{1}{2}$ Br. Posener Pfandbriefe 4 % 92 Sld., neue 3 $\frac{1}{2}$ % 77 $\frac{1}{2}$ Br. Schleifische Pfandbriefe Litt. B 3 $\frac{1}{2}$ % 81 $\frac{1}{2}$ bez. Friedrichsd'or 113 $\frac{1}{2}$ Br. Louisd'or 112 $\frac{1}{2}$ u. 7 % bez. Polnische Pfandbriefe 4 % alte 87 $\frac{1}{2}$ etw. bez., neue 87 $\frac{1}{2}$ etw. bez.

Redakteur: Nimbs.

Druck und Verlag von Graf, Barth und Comp.